

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 38 vom 23. September 1983

17. Jahrgang

1 DM

HDW-Besetzung aufgegeben — AG Weser weiter besetzt — Warnstreiks auf mehreren Werften — Überstundenboykott bei HDW Kiel

Weg mit dem Konzept des Werftkapitals und der Bonner Regierung

Es waren dramatische Augenblicke am Dienstag vor dem Tor bei HDW in Hamburg. Die geheime Abstimmung über Fortsetzung oder Aufgabe der Betriebsbesetzung lief und dauerte lange.

Es zeichnete sich ab, daß die Abstimmung ein Ergebnis bringen würde, das das Ende der Betriebsbesetzung bedeutete — dementsprechend waren die Debatten unter den HDW-Kollegen, die bereits abgestimmt hatten und mit vor dem Tor standen, erregt und gequält.

Vom Ergebnis her ist festzuhalten, daß die rund 680 Kollegen, die für eine weitere Besetzung des Werkes gestimmt haben, im wesentlichen jenen Kern darstellen, der den ganzen Kampf aktiv getragen hat, so jedenfalls die Erläuterung verschiedener Aktivisten.

Daß über 1100 Stimmen dagegen zustandekamen, ist ein Ergebnis aus mehreren Faktoren. Sowohl daß Meister, Ingenieure und viele passive Angestellte angekarrt wurden zu dieser nicht als Belegschaftsversammlung, sondern als Betriebsversammlung organisierter Zusammenkunft hat da eine Rolle gespielt (in der Höhe der Zahl) als auch, in erster Linie, die Auswirkung des massiven



Während der Werksbesetzung in Hamburg

Drucks, der Erpressung durch das Ultimatum.

Das erpresserische Ultimatum des Vorstands drohte für jeden, der Mittwoch 7.30 Uhr die Arbeit nicht aufgenommen hatte, die fristlose Entlassung (samt acht Wochen Sperrfrist fürs Arbeitslosengeld) an sowie einen Polizeieinsatz und die Aufkündigung aller sozialen betrieblichen Vereinbarungen. Dabei wurde vor allem unter

den ausländischen Kollegen mit der Drohung der folgenden Abschiebung agitiert. Damit sind die Massenentlassungen bei HDW Hamburg durch. Die Bonner Regierung und ihre Vorstandshandlanger haben Erfolg gehabt.

„Wir sind geschlagen aber nicht besiegt“, sagte einer der Sprecher der Aktionsleitung der Belegschaft, und da ist viel Wahres dran. Denn natürlich

in Bremen wird fortgesetzt. Obwohl hier auf Einwirken des Betriebsrats hin bestimmte Reparaturarbeiten fortgesetzt werden, spielt diese Besetzung im Bewußtsein der Bremer Arbeiterschaft eine wichtige Rolle und entwickelt sich auch hier bedeutende Solidarität. Auch die Bürgerinitiative in Gröpelingen entfaltet eine breite Aktivität.

Währenddessen kam es auf Vulkan in Bremen und auf zwei



Am Tor der AG Weser in Bremen-Gröpelingen

kleineren Werften zu Warnstreiks und wird bei HDW in Kiel der Kampf gegen die Überstunden fortgesetzt.

Aber das Werftkonzept ist damit erst zu einem Teil durchgesetzt, auch was HDW Hamburg betrifft. Man wird sehen müssen, ob im Werk Ross, nach dieser Entwicklung sich bei weiteren innerbetrieblichen Maßnahmen genügend Kräfte zum Widerstand finden werden. Aber auf den anderen Werften gibt es weiter Widerstand.

Die Besetzung der AG Weser

Alle Arbeiter, Angestellten der Eisen- und Stahlindustrie und der Werften zusammen mit ihren Angehörigen:

AUF NACH BONN!

Großdemonstration am 29. September
Gegen Arbeitsplatzvernichtung
und Sozialabbau!

Frauen gegen Sozialabbau

30 000 in Bonn

Erfolgreiche DGB-Demonstration

BONN. — Die Überraschung war groß. 30 000 Menschen kamen am vergangenen Sonntag nach Bonn zur Demonstration gegen die Rotstiftpolitik der CDU/FDP-Regierung. Die große Mehrheit waren Frauen, oft begleitet von Kindern und Männern. Die erste Demonstration gegen Sozialabbau nach der Wahl am 6. März, durchgesetzt von den Frauenausschüssen in den DGB-Gewerkschaften war so, trotz teilweise sehr zurückhaltender Mobilisierung, ein großer Erfolg.



Zwei kilometerlange Marschspalten zogen zum Bonner Münsterplatz. Die Frauen — in den verschiedensten Einzelgewerkschaften hatten Transparente und Parolen vorbereitet, mit denen sie sowohl die konkreten Verschlechterungen anprangerten, die die Regierung beim Mutterschutz, der Rentenversicherung für Frauen und der Arbeitsschutzgesetzgebung vor hat, als auch viele allgemeine Forderungen gegen Sozialabbau, Arbeitslosigkeit und Rüstungswahnsinn: „Die Reichen sollen die Krise bezahlen“, las man immer wieder.

Den meisten Beifall bei der Abschlußkundgebung erhielten

nicht die DGB-Vorstandsmitglieder sondern Betroffene, Frauen aus Betrieben, Frauen, die kurz vor der Rente stehen und konkret berichteten, was die Bonner Politik für sie bedeutet.

Vielen war klar, daß mit dieser Demonstration die frauen- und familienfeindlichen Pläne der Regierung noch lange nicht vom Tisch sind. Aber für die überwiegende Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer dieser Aktion war die kämpferische Demonstration mit so großer Beteiligung ein ermutigender Auftakt für weitere Kampfmaßnahmen.

Die „Friedenstruppe“ wird aktiv US-Truppen bombardieren den Libanon

Die US-Truppen im Libanon — stationiert um angeblich den Frieden zu sichern — greifen immer offener in den Kampf ein, den viele Bevölkerungsgruppen gegen die Marionettenregierung Gemayel führen. Zur Unterstützung dieser Regierung, die ihr Land fremden Mächten, den Israelis vor allem, zur Beherrschung freigeben wollen, hat Washington den Militäreinheiten in und vor dem Libanon jetzt freie Hand gegeben.

Zunächst hieß es immer, die US-Truppen würden nur zum Schutz der „Friedenstruppe“ in Beirut eingesetzt. Jetzt aber wurden von dem Zerstörer „John Rodgers“ und der Fregatte „Bowen“ oppositionelle Stellungen außerhalb Beiruts unter Feuer genommen. Vom Flugzeugträger „Eisenhower“, der ebenfalls vor der Küste des Libanon liegt, starteten US-Düsenjäger und bombardierten weite Teile des Landes.

Der Bombenterror der US-Armee richtet sich nicht mehr nur gegen die Einheiten des Drusenführers Walid Dschumblatt hinter denen eine breite

Front der Gegner Gemayels steht, sondern auch gegen die restlichen verbliebenen PLO-Einheiten und vor allem gegen syrische Stellungen im Libanon, die bisher die letzten Zufluchtsgebiete für die oppositionellen, patriotischen Kräfte schützten.

Der Bombeneinsatz der US-Armee, die Regierungstruppen Gemayels, die faschistischen, christlichen Milizen und die Israelis im Lande sind dabei, nach dem Mordterror gegen die Palästinenser jetzt gegen die verbliebene Opposition im Libanon einen Vernichtungsfeldzug zu führen.

Volksfront-Mitglied von Abschiebung bedroht

Wir fordern: Freiheit für den türkischen Arbeiter und Vertrauensmann
Kazim Han!

Wieder soll ein türkischer Antifaschist den Mördern in Ankara in die Hände gespielt werden. Aus Bielefeld erreichte uns kurz vor Redaktionsschluß die folgende Erklärung:

„Am 8. September wurde der türkische Staatsangehörige Kazim Han von der Bielefelder Ausländerpolizei verhaftet und befindet sich seitdem in Abschiebehäft. Kazim Han ist im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung, einer Arbeitserlaubnis, er ist polizeilich gemeldet, arbeitet bei der Firma Möller in Bielefeld-Brackwede und ist dort Vertrauensmann.“

Kazim Han ist bei einer Auslieferung an das faschistische Militärregime in Ankara aufs Höchste gefährdet, da er als Vorstandsmitglied eines linken Schülervereins in der Türkei gesucht wird und auch in Deutschland öffentlich das Militärregime und die faschistischen Verhältnisse in der Türkei kritisiert hat.

Wir fordern: Sofortige Freilassung von Kazim Han! Keine Abschiebung an das faschistische Militärregime in der Türkei! Sofortige Anerkennung Kazim Hans als politisch Verfolgter!

Die Polizei beruft sich bei ihrer Aktion auf einen Vorgang, von dem Kazim gar nichts wußte: Eine vielversprechende Berufungsverhandlung vor dem Obergericht in Münster, die ihm das Asylrecht sichern sollte, wurde eingestellt — wegen einer irrtümlichen Mitteilung des Ausländeramtes an den Rechtsanwalt, Kazim wolle seinen Asylantrag zurückziehen, und weil danach ein Brief des Anwalts an Kazim verloren ging, war sein Berufungsantrag zurückgezogen worden. Deshalb gilt Kazim plötzlich als „illegal“!

Kazim Han ist Mitglied der Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg. Für die Junta mit Sicherheit ein weiterer Grund zur Folter und Mord. Für bundesdeutsche Behörden ein besonderer Grund für ihr skandalöses Vorgehen? — Auch wir fordern nachdrücklich: Freiheit für Kazim Han!

RM-Extrablatt zu den Werften

Die Seiten 5 bis 8 dieser Ausgabe des „Roten Morgen“ entsprechen dem Extrablatt, das am Dienstag in zahlreichen norddeutschen Werftstädten in hoher Auflage verbreitet wurde.

UNO-Flüchtlingskommissar bei Zimmermann unerwünscht

Mit bodenloser Arroganz hat Bundesinnenminister Zimmermann auf einen Bericht der UNO-Flüchtlingskommission reagiert, in der der Bundesrepublik bescheinigt wird, „in Europa einzigartige abschreckende Maßnahmen“ gegen asylsuchende politisch Verfolgte zu ergreifen (der RM berichtete). Statt etwas an diesen Maßnahmen zu ändern, sagte er ein Treffen mit dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, Poul Hartling, ab und forderte diesen ultimativ auf, vor der Vereinbarung eines neuen Gesprächstermins die Feststellungen des Kommissionsberichtes zu widerrufen.

In dem Memorandum der Kommission hieß es ausdrücklich, die seit 1980 eingeführten Restriktionen in der Asylpraxis der Bundesrepublik richteten sich gegen politische Flüchtlinge, nicht gegen „Wirtschaftsflüchtlinge“. Diese Feststellung strafe die offiziellen Behauptungen aus Bonn Lügen. Wörtlich schrieben die UNO-Beobachter unter anderem: „Obwohl das Recht auf Asyl für politisch Verfolgte in Artikel 16 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland verankert ist, sind in Europa einzigartige ab-

schreckende Maßnahmen gegen Asylsuchende verübt worden, so zum Beispiel durch die zwangsweise Einweisung in Sammelunterkünfte, starke Beschränkung der Freizügigkeit, Arbeitsverbot, Arbeitsverpflichtung in bestimmten Fällen und Nichtanerkennung des Konzepts der familiären Einheit (ungleicher Status der Familienmitglieder). (...)

Die Asylsuchenden können sich gegen diese Maßnahmen nicht wehren, da es keine internationale Konvention zur Verteidigung ihrer Rechte gibt. Ein-

ge dieser „Abschreckungsmittel“ stehen vermutlich jedoch im Widerspruch zur allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 und der Europäischen Konvention der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950.“

Zimmermann ist offensichtlich der Meinung, er und sein Ministerium hätten es nicht nötig, sich solchen Feststellungen zu stellen. Auch die alarmierende Tatsache, daß eine Kommission der Vereinten Nationen in der Bundesrepublik von heute Maßnahmen beobachtet, die einen Vergleich zu den Zuständen im „Dritten Reich“ nahelegen, ist für ihn nur ein Grund, sich um so empörter in die Brust zu werfen und als einen der Gründe zu benennen, warum er zur Zeit für Hartling nicht zu sprechen sei. Er ist wohl der Meinung, auf diesem Gebiet sei die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der zu erwar-

tende Druck nicht sonderlich hoch, so daß er sich eine solche Haltung ruhig erlauben könne. Es wäre gut, ihn hier eines Besseren belehren zu können.

Zimmermanns Haltung wirft zugleich ein bezeichnendes Licht auf die immer wiederkehrenden Auftritte bundesdeutscher Abgesandter vor der UNO, in denen sie sich über die Mißachtung internationaler Konventionen durch die Staaten des Warschauer Vertrages ereifern. Die Herren in Bonn sind die letzten, die ein Recht dazu haben. Sie sind im Grunde nicht einen Deut besser.

Es bleibt dabei: Auch der Kampf gegen die völlige Ver-

nichtung des Grundrechts auf politisches Asyl, für die Herstellung eines wirklich demokratischen Asylrechts, ist eine Bewährungsprobe für die Kräfte der Demokratie in unserem Land, gegen den Ungeist des Faschismus, der hier auch aus Bonner Amtsstuben weht. Nicht zuletzt der Tod Kemal Altuns ist dabei eine besondere Verpflichtung.

Hilfreich wäre dabei eine fühlbare internationale Unterstützung. Der UNO-Bericht selbst stellt fest: „Unsere Presse- und Informationsabteilung ist angesprochen worden, die Fra-

ge zu untersuchen, wie eine größere internationale Aufmerksamkeit auf dieses Problem gelenkt werden könnte, um der Entwicklung weiterer abschreckender Maßnahmen entgegenzuwirken und möglichst ihre Umkehr zu erreichen.“ Es ist deshalb zu hoffen, daß sich Poul Hartling und seine Kommission nicht dem erpresserischen Ultimatum Zimmermanns beugen, sondern mit Nachdruck darangehen, im Sinne der Aufklärung und Mobilisierung der internationalen demokratischen Öffentlichkeit tätig zu werden.

Korrespondenz aus Bremen

Betr.: Volksbefragung in Bremen

„Der Senat wird beauftragt, sich im Bundesrat für die Durchführung einer konsultativen Volksbefragung über die sogenannte Nachrüstung einzusetzen.“

Weiterhin wird der Senat beauftragt, im Land Bremen eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomraketen in der BRD durchzuführen, falls diese bundesweite Volksbefragung nicht oder nach dem 25. September 1983 und in gleicher Weise wie die allgemeinen Wahlen durchgeführt werden. Bei der Befragung sollen folgende Fragen zur Entscheidung gestellt werden:

1. Ich lehne die Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen (Pershing II, Cruise Missiles) auf dem Boden der BRD ab. Ja - Nein

2. Ich fordere die Bundesregierung auf, eine Volksbefragung über die Stationierung neuer atomarer Mittelstrecken (Pershing II, Cruise Missiles) durchzuführen. Ja - Nein

3. Ich bin dagegen, daß atomare, biologische oder chemische Waffen durch das Bundesland Bremen transportiert werden. Ja - Nein

Die Volksbefragung soll den Senat als Landesregierung sowie die vom Senat bestellten Mitglieder des Bundesrats über die

Meinung der zur Bürgerschaft wahlberechtigten Bevölkerung des Landes Bremen hinsichtlich der oben formulierten Fragen unterrichten.“

Dieser Antrag sollte am 25. August in die Bremer Bürgerschaft eingebracht werden. Der Antrag war von der Bremer Friedensbewegung an die Abgeordneten der GUL (Grüne und liberale Gruppe) = Peter Willers und Uwe Schröder, herangetragen worden.

Eine Woche vor der Bürgerschaftsdebatte konfrontierte Uwe Schröder die Friedensbewegung damit, den Antrag nicht mehr einbringen zu wollen, da er nach ausführlichen juristischen Beratungen zur Überzeugung gekommen sei, die Volksbefragung sei juristisch nicht haltbar.

Peter Willers versuchte dann am 24. 8. die Volksbefragung als Dringlichkeitsantrag auf die Tagesordnung der Bürgerschaftsdebatte zu bringen.

Gemeinsam mit der CDU und der FDP stimmte die SPD dagegen, das Thema Volksbefragung überhaupt auf die Tagesordnung zu setzen! Dieses Verhalten der SPD zeigt einmal, daß das ganze Gedonner gegen die Nachrüstung hauptsächlich leeres Propagandageschwätz ist.

In Bremen hätte die SPD mit ihrer Mehrheit in der Bürgerschaft beweisen können, daß es ihr ernst mit der Meinung des Volkes ist.

Auf der Vollversammlung der Friedensbewegung wurde aufgrund der umfangreichen Vorbereitungen der Aktionstage im Oktober, besonders der Blockadeaktionen am 13., 14. und 15. Oktober in Bremerhaven, beschlossen, die Volksbefragung am 25. September, dem Wahltag, nicht autonom durchzuführen. Der Vorschlag aus Reihen der DKP, am Wahltag vor den Lokalen für den Krefelder Appell zu sammeln, fand keinen großen Anklang.

Verhindert den Bundesparteitag der NPD!

Am 1. und 2. Oktober will die faschistische NPD in Fallingb. ihren Bundesparteitag abhalten.

Als Tagungsort ist die Heidmarkhalle (an der Soltauer Straße, B 209) vorgesehen.

Zahlreiche Antifaschisten haben inzwischen schon aufgerufen, die Durchführung des Faschistentreffens zu unterbinden.

sonanz stoßen, die im Juli nicht vertreten waren, ob sich der Schwung des Frankfurter Kongresses bewahrt hat. Die aktive Teilnahme zumindest des überwiegenden Teils der Initiativen aus dem Bundesgebiet wäre dazu Voraussetzung. Wir hoffen auf eine solche Beteiligung und rufen auch auf diesem Wege nochmals zum Mitmachen auf. Die KPD wird sich wie bisher schon aktiv an den Arbeiten beteiligen.

Auch wir fordern: Der NPD-Parteitag muß verhindert werden!

Die staatlichen Stellen sind dazu nicht bereit. Die Antifaschisten müssen vor Ort aktiv werden.

Die Nazis in unserem Land werden immer frecher. Die Politik der Regierung Kohl/Zimmermann schafft ein Klima, in dem sie sich wohlfühlen.

Wir sagen: Die Nazi-Umtriebe müssen gestoppt werden!

Wir fordern:

Die NPD und alle anderen faschistischen und rassistischen Organisationen sowie entsprechende Propaganda müssen verboten werden!

Wir rufen die Leser unserer Zeitung auf:

Beteiligt euch an den Aktionen gegen den NPD-Parteitag!

1. Oktober, ab 7.00 Uhr: Blockade der Heidmarkhalle

1. Oktober, 8.30 Uhr: Demonstration, Abmarsch: Hermann-Löns-Schule

Übrigens: Niedersachsens Innenminister Möcklinghoff hat der NPD „genügenden Polizeischutz“ zugesichert, der die Durchführung ihres Parteitages sicherstellen soll...

Koordinierungstreffen der Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit

Am kommenden Wochenende findet in Köln die 2. Sitzung des Koordinationsausschusses zur Planung bundesweiter Aktionen gegen Ausländerfeindlichkeit und die Ausländerpolitik der Bundesregierung statt. Auf der ersten Sitzung am 2. und 3. Juli, die auf den großen Frankfurter Kongreß gegen Ausländerfeindlichkeit und Menschenrechtsverletzungen folgte, wurde von den anwesenden Initiativvertretern ein Konzept von bundesweiten Aktionen erarbeitet, die in einem „Staffetten-

marsch“ auf Bonn einmünden sollen. Ziel ist vor allem, die Verabschiedung der Vorschläge des „Zimmermann-Papiers“, der Bund-Länder-Kommission zur „Ausländerfrage“ zu verhindern, über die Anfang nächsten Jahres beschlossen werden soll. (Eine ausführliche Darstellung des bisherigen Aktionsplans gab der „Rote Morgen“ in der Nr. 27 vom 8. 7. 83) Das bevorstehende Treffen wird zeigen, was daraus werden kann — ob die Vorschläge bundesweit auch bei den Initiativen auf Re-

Der genaue Termin:
24. und 25. September
Köln
„Club 68“, Hohenstauffenring 48 - 54
Beginn: 24. 9., 15 Uhr

Information und Anmeldung:
Informationsstelle Türkei e. V.
Schildergasse 101a
5000 Köln 1
Tel.: (0221) 240 1820/30

„Das sind Nazi-Methoden, und wer sie anwendet, muß sich gefallen lassen, als Faschist in diesem Lande bezeichnet zu werden.“ „Wenn heute die Nazis an der Macht wären, wäre er vielleicht bereits Propagandaminister.“ Hermann Heineemann, Vorsitzender des SPD-Bezirks Westliches Westfalen, fand diese Worte für den CDU-Generalsekretär Heiner Geißler, der die SPD unter anderem als „fünfte Kolonne Moskau“ bezeichnet hatte.

Frieden schaffen ohne Geißler

Angemessene Worte für den Mann, der sich als Oberhetzer der größten Regierungspartei zu profilieren sucht, als würdiges Pendant zu Strauß und Zimmermann.

Geißlers Ausfälle richteten sich dagegen, daß in der SPD der Druck derer immer stärker wird, die einen Ausstieg aus der NATO-„Nachrüstung“ fordern. Sie will Geißler vor allem als Agenten Moskaus, als Stoßtrupp der imperialistischen Sowjetunion verteufeln. Er hofft wohl auch, durch seine Demagogie und die Mobilisierung reaktionärster Kräfte die SPD-Führung unter Druck zu setzen, sie zur deutlichen Distanzierung von den Wünschen dieser Teile ihrer Mitgliedschaft zu bringen. Er weiß ja, daß es genügend Kräfte in der Führung dieser Partei gibt, die der „sogenannten Friedensbewegung“, wie Geißler sie zu bezeichnen beliebt, feindlich gegenüberstehen.

So ist es gut, wenn seine Worte nicht nur mit einem Achselzucken hingenommen und einfach als „keiner Antwort wert“ erachtet, sondern wenn sie als Kampfansage aufgefaßt und mit einem „jetzt erst recht“ beantwortet werden. Wenn die Nachrichten über die Geißler-Hetze von Meldungen über neue Beschlüsse von SPD-Organisationen begleitet werden, die sich auf ein eindeutiges „Nein“ zu den Stationierungsplänen festgelegt haben. Wenn von verschiedenen Orten zu solchen Beschlüssen zu hören ist, sie erfolgten „ohne jedes Wenn und Aber“, womit deutlich gemacht werden soll, daß man hier nicht nur taktiere, sondern eine bindende Orientierung für seine Politik formuliert habe.

Geißler und seinesgleichen weisen immer wieder darauf hin, daß die SPD früher den NATO-„Doppelbeschluß“ mit herbeigeführt und mitgetragen habe. Deshalb bezichtigen sie die SPD-Politiker, die damals so handelten und heute nicht mehr mitziehen, der „arglistigen Täuschung“. Den Ansatzpunkt dazu hat ihnen die SPD selbst geliefert. Und daß in der SPD-Spitze tatsächlich taktiert wird, wird durch die Haltung verschiedener Politiker, auch der Brandts oder Vogels, auch immer wieder bestätigt. Es kommt also für die konsequenten Atomrüstungsgegner in der SPD darauf an, hier wirklich keinen Raum für Zweideutigkeiten mehr zu lassen, selber entsprechend der positiven Beschlüsse zur Aktion zu schreiten und sich von niemandem mehr auf ein Abwarten der Genfer Verhandlungsergebnisse verrostet zu lassen.

Geißler und seinesgleichen gehen in ihren auch von den aktuellen Wahlkämpfen geprägten Anti-SPD-Attacken oft viel weiter, als es die tatsächliche Politik der SPD oder auch nur die erklärten Absichten von Teilen der SPD eigentlich erlauben. Zum Beispiel damit, daß sie unterstellen, es ginge nicht allein gegen den NATO-„Doppelbeschluß“, sondern gegen die NATO als Ganzes. Kanzler Kohl bezeichnete ein Abrücken von der „Nachrüstung“ als „Anfang vom Ende“, als „Keim zur Zerstörung der NATO“ und warf der SPD vor, eben das sei ihre Absicht.

Schön wär's, aber leider stimmt das gar nicht. Die weitestgehende Stellungnahme aus den SPD-Führungsgremien lautet: Nein zur Stationierung unter den gegenwärtigen weltweiten politischen Bedingungen, absolutes Ja zur Mitgliedschaft in der NATO. Einzige Ausnahme: Lafontaine.

Darüber sollte in der Anhängerschaft der SPD mehr nachgedacht werden. Seit Lafontaines Äußerungen mit der Stationierung würde die NATO-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik untragbar, tut sich hier schon mehr, und auch das ist zu begrüßen. Geißler und seinesgleichen hetzen so sehr gegen das bloße Infragestellen der NATO, weil sie davor eine Höllenangst haben. Weil es dabei nicht allein um einen Bestandteil, sondern um die Grundlage ihrer Politik der aktuellen Kriegsvorbereitung geht. Wenn man wirklich konsequent gegen Geißler angehen will, gehört deshalb der Kampf unter der Losung „BRD raus aus der NATO!“ dazu. Wenn Geißler und seinesgleichen toben, ist man auf dem richtigen Weg.

Dietrich Lohse

Von Kirsten Tilmann,
Bürgerschaftskandidatin

Anmerkungen zum BAL-Interview

Als Kandidatin der BAL habe ich das Interview (im letzten „Roten Morgen“) gelesen und möchte dazu einige Anmerkungen machen. Es kommt in diesem Interview der politisch wichtigste Punkt gut zum Ausdruck, daß es mit der BAL ein Wahlbündnis gibt, in dem der Einfluß klassenkämpferischer Kollegen aus den wichtigsten Betrieben in Bremen groß ist.

Man liest aber leicht über die Passagen hinweg, in denen auf die Schwierigkeiten bei der Gründung der BAL und ihrer Verbreitung in den Betrieben und Büros eingegangen wird. Daher fällt es einem vielleicht auch nicht sofort auf, daß mit der Einschätzung der Wahlchancen (Formulierung „Ziel ist es ganz klar, reinzukommen, und das können wir auch schaf-

fen“) ein etwas zu optimistischer Eindruck zustande kommt. Natürlich ist es unser Ziel als BAL in die Bürgerschaft zu kommen, aber ob wir das schaffen, hängt erst einmal auch davon ab, wieviele Kollegen die BAL überhaupt kennen. Es wird zwar in letzter Zeit sehr viel in dieser Hinsicht unternommen (Plakate, Stände, Flugblätter), aber wenn man so ganz neu antritt, ist es schon schwer, die nötige Klarheit über uns und unsere Ziele zu verschaffen. Im Interview wird ja auch gesagt, daß man da hätte früher anfangen müssen.

Ich bin aber davon überzeugt, daß auch, wenn die BAL nicht die 5 Prozent erreicht, der Zusammenschluß, der ausging vom BAB, eine wichtige Sache ist!

Kirsten Tilmann



Kirsten Tilmann, 27 Jahre, zwei Kinder, technische Zeichnerin, Mitglied der Vertrauenskörperlleitung bei GESTRA und im Betrieblich-Alternativen Bündnis tätig (Mitglied im BAB-Koordinationsausschuß)

Die Hobelbühne politische Musik- und Theatergruppe
stellt Euch das neue Theaterstück vor:
„Der Landesfürst“
— ein geschichtliches Polit-Drama mit Psycho-Thriller-Einschlag —

Der Inhalt:

schildert die schreckliche Lage des Landesfürsten Prinz Caulix (caulis = lat., Kohl) von Wachsen-Freudenstadt, großmütiger Herrscher, mildtätiger Vater seiner Untertanenkinder — bedrängt von eben diesen, (undankbares Gesindel!) — das Volk, es weigert sich, des Prinzen Weisung zu befolgen, für uns're große Schutzmacht Wallastretanien den ehrenvollen Krieg zu führen gegen den Feind Zarussitanien, der frevelnd, frech der großen Schutzmacht Kolonie Polonien an sich riß ... Allein mit den Getreuen, bedrängt vom wütigen Pöbel, harret Prinz Caulix auf Schloß Schreckenstein, hoffend auf den Schutz der Schutzmacht ...

Ein Bezug zur Gegenwart:

Wäre rein zufällig; die Geschichte ist frei erfunden, eventuelle Ähnlichkeiten der dargestellten Figuren mit toten oder noch lebenden Personen der Zeitgeschichte sind ebenfalls rein zufällig.

Dauer:

knapp 40 Minuten

Kosten:

wenig bis normal (hängt von der Finanzkraft der jeweiligen Gruppe ab); mindestens: Umlegen von Fahrt- und Requisitionskosten

Geignet für:

alle Initiativen, Gewerkschaftsgruppen, Parteien, die in der Friedensbewegung aktiv sind.

möglichst

im Umkreis Frankfurt (max. 200 km), sonst ist's zuviel Fahrerei.

Für alle Interessenten: schreibt oder ruft an bei:
Tobias Weissert, Gerlachstraße 14, 6000 Frankfurt a. M. 80,
Tel.: (06 11) 301924

Mit Friedensgrüßen, Eure **Hobelbühne**

Am 25. September: Landtagswahlen in Hessen

Interview: Warum die KPD die DS unterstützt

Am Sonntag finden in Hessen Landtagswahlen statt. Die KPD in Hessen ruft auf, bei dieser Wahl die Demokratischen Sozialisten zu unterstützen. Dazu führten wir ein Interview mit einer Genossin der Landesbezirksleitung in Hessen.

RM: Wie schätzt ihr die Wahlausage zugunsten der DS ein, nicht nur in Bezug auf die DS, sondern auf die gesamte Linke?

Anfangs trafen wir auf wesentlich mehr Zurückhaltung, oft sogar auf Ablehnung bei manchen DSlern. Inzwischen haben sie wohl in ihren eigenen Reihen über die Zusammenarbeit mit Kommunisten diskutiert, und offenbar haben sich auch diejenigen etwas mehr Gehör verschaffen können, die für eine solche Zusammenarbeit sind.

Sie sind dann auch von sich aus auf uns zugekommen mit der Bitte, daß wir ihnen Stellenschilder zur Verfügung stellen (was wir natürlich getan haben). Auf einer Veranstaltung in Darmstadt haben die sich auch klar positiv zu einem Bündnis mit Linken und Kommunisten ausgesprochen. Das finden wir sehr positiv.

Wenn sie dabei bleiben, wird dies sicher gute Möglichkeiten bieten, auch in der inhaltlichen Diskussion die Frage der Klassengegensätze als Ausgangspunkt und Orientierung der eigenen Politik aufzuzeigen.

Was den Einfluß auf die gesamte Linke betrifft, so hoffen wir, daß es eine gewisse Signalfunktion hat und wir erreichen können, daß wenigstens die Diskussion über unser Verständnis von Einheitsfrontpolitik angeht und gefördert wird. Auch das halten wir für einen Schritt in Richtung dieser Einheit.

RM: Könnt ihr die wichtigsten politischen Schwerpunkte

bzw. Programmpunkte der DS nennen und warum ihr sie unterstützt?

Während die „Recklinghäuser Thesen“ noch relativ stark an dem Programm der Grünen orientiert waren, setzt jetzt das Wahlprogramm in Hessen klar einen Schwerpunkt auf die Existenzsicherung der Arbeiter, gegen Sozialabbau, mit der Forderung nach der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich an erste Stelle, aber auch die Forderung nach rigoroser Besteuerung der Unternehmer vor allem bei Rationalisierung.

Es folgen dann Forderungen zur Sicherung des Friedens (hier betonen sie die entscheidende Bedeutung des Kampfes der Arbeiterklasse), für demokratische Rechte, gegen Ausländerfeindlichkeit, gegen Umweltzerstörung, für die Gleichberechtigung der Frau (dabei wird als erstes klar gesagt, daß die Krise besonders auf die Frau abgewälzt wird, und die Regierung sie als Reservearmee an den Herd zurückschicken will), zur Bildungs- und Gesundheitspolitik.

Ich kann hier keine ausführliche Analyse dieses Programms vornehmen. Es finden sich viele positive Ansätze darin. Widersprüche in unserem Land werden aufgezeigt:

- ein reiches Land — und Arbeitslose, die um ihre Existenz fürchten
- zu wenig Wohnungen — und trotzdem Krise des Baugewerbes
- Arbeitslose — Arbeitsetze

bei denen, die noch Arbeit haben ...

Aber es gibt natürlich auch eine Reihe erheblicher Kritikpunkte. Beispielsweise wird nie klar und deutlich von den Klassengegensätzen gesprochen (die schließlich die Ursache für all diese aufgezählten Widersprüche sind).

Besonders bei den Forderungen zur Friedenssicherung haben sich die DS vor klaren Aussagen und Konsequenzen gedrückt:

Sie zeigen zwar auf, daß die NATO/USA unser Land zur Starttrappe und zum Kriegsschauplatz für ihren Krieg machen wollen — aber die Forderung „Raus aus der NATO“ ist nicht zu finden. Stattdessen wird von der angeblichen Verfassungswidrigkeit dieser Politik gesprochen und als Lösung Abrüstung gefordert. Zur Ursache der Kriegspolitik bzw. den dahinterstehenden Interessen kein Wort.

Das ist sehr bedenklich, und wir fordern die DS auf, sich mit dieser Frage intensiv auseinanderzusetzen!

RM: Macht die KPD auch selbständig was zur Wahl?

Ja, das ist doch klar. Wir verbreiten unsere Meinung als Kommunisten zu den aktuellen Fragen wie Krise, Regierungspolitik, Wende, Kriegsgefahr und welchen Ausweg es da gibt. Schwerpunkt dabei ist, aufzuzeigen, wie die Krise systematisch auf die Arbeiterklasse abgewälzt wird, welche Regierung das Kapital dazu braucht und wie die Zusammenhänge und Ursachen der Kriegsgefahr wirklich aussehen.

Wir gehen dabei weniger auf die Politik der hessischen Landesregierung ein als auf die Bundespolitik. Die Wahl am 25. 9. ist auch im Bewußtsein der

Bevölkerung mehr an der Wende in Bonn orientiert.

Zu diesen Fragen gibt es ein Flugblatt (leider etwas spät), das vor allem an Betrieben verteilt wird, und am Freitag den 23. 9. in Frankfurt eine Veranstaltung (20 Uhr im Affentorhaus in Sachsenhausen).

RM: Coppik schätzte einmal ein mögliches Wahlergebnis von 50000 Stimmen. Was erwartet ihr?

Diese Einschätzung von Manfred Coppik halten wir für stark optimistisch. Aber die DS haben inzwischen wohl selbst eine realistischere Einschätzung und treten in ihren Flugblättern entsprechend auf: „... Wer bei der Hessenwahl DS wählt, kann sicher sein, daß seine Stimme keine verlorene Stimme sein wird. Jede Stimme für die DS ist nämlich eine Stimme für den Aufbau einer demokratischen sozialistischen Alternative. Für diese gesellschaftlich notwendige und wichtige Perspektive gibt es keine 5-Prozent-Klausel. Weder die absolute Mehrheit für Börner noch die Wiederherstellung der gegenwärtigen hessischen Verhältnisse sind kurzfristige Ziele, die so lohnend wären, daß man deshalb auf den Aufbau einer längerfristigen Alternative bei der Wahl verzichten könnte“.

Das finden wir erst mal so in Ordnung. Trotzdem gibt es sicher bei den DS viele, die zu stark auf das Stimmenergebnis fixiert sind. Besonders schwer haben es dabei vermutlich ehemalige SPD-Mitglieder, die ja an Stimmenmehrheiten und Parlamentsarbeit als Schwerpunkt der Politik gewöhnt sind. Es ist zu befürchten, daß gerade bei diesem Teil der DS nach der Hessenwahl, wenn das erhoffte Ergebnis ausbleibt, der große Katzenjammer einsetzt.

Wir selbst hoffen natürlich, daß die DS so viele Stimmen bekommen, daß zum einen ein klarer Protest zum Ausdruck kommt gegen die Politik des Kapitals und zum anderen diejenigen, die am Aufbau einer längerfristigen Alternative arbeiten, genug Auftrieb erhalten, um sich durchzusetzen.

Zur Information: —

Glaubwürdig für Frieden und soziale Gerechtigkeit

Die Demokratischen Sozialisten zu den Landtagswahlen in Hessen (Auszüge)

Demokratische Sozialisten (DS) stehen in der politischen Tradition des Kampfes für die Rechte der Unterdrückten und Benachteiligten, für die Rechte der arbeitenden Menschen, gegen die Interessen der Großunternehmer. Demokratische Sozialisten wollen eine Gesellschaft, in der die Menschen frei von bürokratischen Repressionen mit einem Maximum an Phantasie und Kreativität in einem demokratischen Willensbildungsprozeß ihr eigenes Schicksal selbst bestimmen. Deshalb arbeiten wir am Aufbau einer unabhängigen demokratischen Alternative in der Bundesrepublik.

Die Hauptgegner der Demokratischen Sozialisten sind die Kräfte des Großkapitals, die parteipolitisch von den bürgerlichen Parteien CDU und FDP vertreten werden. Diese Kräfte stehen für eine Politik, die mit einem wirtschafts- und sozialpolitisch, innen- und außenpolitisch reaktionären und aggressiven Programm eine weitere Steigerung der Profite des Kapitals zu Lasten der Interessen von breiten Schichten der Bevölkerung durchzusetzen versucht.

Demokratische Sozialisten haben aber auch nicht vergessen, daß es das Versagen der SPD in der Regierungsverantwortung war, das durch Zustimmung zur Aufrüstung, zum Sozialabbau und zum Abbau demokratischer Rechte der bürgerlichen Herrschaft der CDU/FDP den Weg bereitet hat.

Wenn im Herbst mit der Stationierung der neuen atomaren Mittelstreckenraketen begonnen wird, müssen wir die Frage stellen, ob wir vergessen dürfen, daß es der SPD-Bundeskanzler Helmut Schmidt war, der den NATO-Aufrüstungsbeschluß erfinden, durchgesetzt und damit die Stationierungsvorbereitungen eingeleitet hat. Demokratische Sozialisten haben von Anfang an dagegen Stellung bezogen. Sie stehen in der Tradition des konsequenten Kampfes für Frieden und Abrüstung.

Die hessische Börner-SPD steht dagegen in der ungebrochenen Tradition Schmidt'scher Regierungspolitik. Unter Börner hat das Land Hessen im Bundesrat aktiv an Steuerersuchen für die Unternehmer und am Sozialabbau für breite Bevölkerungsschichten mitgewirkt. Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen um die aus militärstrategischen Gründen gebaute Startbahn West hat die SPD-Landesregierung ein

erschreckendes Demokratie-Unverständnis gezeigt. Von einem Linksschwenk der SPD kann gerade in Hessen keine Rede sein. Für Menschen, die glaubwürdig für Frieden, soziale Gerechtigkeit und demokratische Freiheitsrechte antreten, ist die Börner-SPD nicht wählbar.

In Hessen bieten auch die Grünen bei der Wahl keine Alternative. Sie haben jede Zusammenarbeit mit linksdemokratischen Organisationen abgelehnt. Anstatt — wie etwa die GAL in Hamburg — an den konkreten Bedürfnissen der Menschen anzuknüpfen und anhand konkreter Entscheidungen die Interessen offenzulegen, die hinter der Politik der Börner-Regierung stehen, haben sich die hessischen Grünen weitgehend auf eine „Fundamentallopposition“ festgelegt, die schließlich zu einer gemeinsamen Blockadepolitik mit der CDU führte. (...)

Viele Grüne sehen den Zusammenhang zwischen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der Umweltzerstörung immer noch nicht. Der Kampf gegen Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit ist nicht ihr vorrangiges Thema. Auch deshalb lehnen sie die Zusammenarbeit mit politischen Kräften ab, die sich auf die traditionellen Grundwerte und Grunderkenntnisse der Arbeiterbewegung beziehen. Die Grünen erklären nachdrücklich, daß sie nicht links von der SPD stehen.

Wer eine solide Alternative will, der kann die Grünen nicht wiederwählen.

Wer bei der Hessenwahl DS wählt, kann sicher sein, daß seine Stimme keine „verlorene“ Stimme sein wird. Jede Stimme für die DS ist nämlich eine Stimme für den Aufbau einer demokratischen sozialistischen Alternative. Für diese gesellschaftlich notwendige und wichtige Perspektive gibt es keine 5-Prozent-Klausel. Weder eine absolute Mehrheit für Börner noch die Wiederherstellung der gegenwärtigen hessischen Verhältnisse sind kurzfristige Ziele, die so lohnend wären, daß man deshalb auf den Aufbau einer langfristigen Alternative bei der Wahl verzichten könnte.

DS Demokratische Sozialisten

Ein „Exempel“ im bundeseigenen VAW-Konzern 2 VAW-Betriebsräte fristlos entlassen 5000 demonstrieren dagegen

HANNOVER. — Die Geschäftsleitung der bundeseigenen Vereinigten Aluminium-Werke AG (VAW) hat mit der fristlosen Entlassung zweier Betriebsräte, mit Änderungskündigungen, Abmahnungen und Schadenersatzdrohungen auf spontane Proteste der Belegschaft reagiert, die sich Lohnraubplänen nicht beugen wollte.

Offensichtlich will man in diesem bundeseigenen Betrieb ein Exempel statuieren. Sowohl was Lohnabbau betrifft, als auch wie auf Widerstand reagiert wird. Im folgenden zunächst die Darstellung der Ereignisse, wie sie die Verwaltungsstelle Hannover der IG Metall unter der Überschrift: Frühkapitalistische Methoden bei der VAW“ verbreitete:

Die IG Metall informiert

Am 1. September 1983 informierte der Betriebsrat der VAW mit einem Flugblatt die Belegschaft über das Vorhaben der Unternehmensleitung die Löhne und Gehälter radikal zu kürzen. Dies soll durch Umgruppierungen geschehen, wobei Einkommensverluste von ca. 500 DM die Regel wären.

Diese Information löste eine große Unruhe in der Belegschaft aus. Die Kolleginnen und Kollegen erwarteten von der Werksleitung nähere Auskünfte.

Mit Verzögerung gab die Werksleitung eine Erklärung ab, daß sie nicht bereit sei, nähere Informationen über den Inhalt der geplanten Maßnahmen abzugeben. Sie forderte die Belegschaft auf, sofort an die Arbeit zu gehen, andernfalls hätte sie mit Konsequenzen zu rechnen.

Der Betriebsrat bemühte sich laufend den Betriebsfrieden wieder herzustellen, indem er die Werksleitung bat, der Belegschaft die gewünschten Informationen zu geben. Dieses lehnte die Werksleitung und Vorstand ab. Die Reaktion der Belegschaft war die, daß die Arbeit nicht wieder aufgenommen wurde.

Gegen 16.00 Uhr überreichte die Werksleitung dem Betriebsrat 19 fristlose Kündigungen wegen Beteiligung an der Arbeitsniederlegung. Daraufhin forderte der Betriebsrat die IG Metall auf, sich in die Verhandlungen einzuschalten. Nach langen und schwierigen Gesprächen konnte die IG Metall mit dem Arbeitsdirektor des Unternehmens, Herrn Huthoff, telefonisch vereinbaren, daß die 19 fristlosen Entlassungen zurückgenommen würden, wenn die Belegschaft die Arbeit wieder aufnahm. Gleichzeitig wurde zugesagt, daß über das beabsichtigte Vorhaben der Unternehmensleitung ordnungsgemäße Verhandlungen stattfinden. Außerdem wurde eine informative Betriebsversammlung durchgeführt.

Der Betriebsrat forderte daraufhin die Kolleginnen und Kollegen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen. Dies geschah auch.

Auf Anfrage der Kollegen bestätigte der Werksleiter, daß die Entlassungen nicht ausgesprochen und keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden.

Um so überraschender war die Tatsache, daß am 9. September 1983 die Unternehmensleitung den Betriebsrat davon unterrichtete, daß

- sie die Betriebsratsmitglieder der Kuck und Minninger fristlos entlassen werde,
- 6 Kollegen aus dem Angestelltenbereich aus Anlaß der Beteiligung an der Arbeitsniederlegung Änderungskündigungen erhalten,
- ca. 600 Belegschaftsmitglieder, die sich an der Arbeitsniederlegung beteiligt haben, Abmahnungen und Androhung auf Schadenersatzforderungen erhalten.

Zusätzlich wurde auf der Betriebsversammlung am 12. September 1983 vom Arbeitsdirektor Huthoff die Absicht erklärt, alle Betriebsratsmitglieder durch das Arbeitsgericht amtsentheben zu lassen.

Soweit die Darstellung der IG Metall. Für den 15. September rief der DGB in Hannover dann zu einer Demonstration gegen die brutale Vorgehensweise der Firmenleitung auf.

Rund 5000 Menschen folgten diesem Aufruf. Unter der Losung „Unsere Kraft heißt Solidarität“ marschierten in einem Fackelzug viele VAW-Kollegen, Arbeiter aus anderen Betrieben und Vertreter verschiedener Einzelgewerkschaften mit. Denn sie hatten erkannt, um was es hier geht: Die Maßnahmen der Geschäftsleitung stehen in einer Reihe mit der Sozialdemontagepolitik der Bundesregierung. In ihrem „eigenen“ Betrieb will die „Wendemannschaft“ zeigen wie es geht. Lohnsenkungen — und wer sich wehrt, der fliegt! Dies ist auch ein Angriff auf die Gewerkschaften, ein Versuch der Einschüchterung und Disziplinierung der Interessenvertretung der Arbeiter im allgemeinen und im Betrieb.

Daher ist es völlig richtig, diesen Kampf gegen die Maßnahmen der VAW-Geschäftsleitung zur Sache aller zu machen, um den Versuch ein Exempel zu statuieren zu verhindern.

Eine besonders üble Rolle spielt in diesem Konflikt, der von IG Metall und IG Chemie, den beiden im Betrieb vertretenen Gewerkschaften, gemeinsam auf den Sessel gehievt Arbeitsdirektor. Obwohl Gewerkschafter (IG Chemie) stellt er sich rückhaltlos hinter die Firmenleitung, hilft mit allen Mitteln die Lohnabbaupläne und die Disziplinierungen durchzusetzen. Erfreulich, daß der DGB-Kreisvorsitzende ihn dann auch voll mit unter Beschuß nahm. „Gegen Unternehmerwillkür und in erster Linie gegen das Vorgehen von Arbeitsdirektor Huthoff“ will der DGB vorgehen. Wir unterstützen den Kampf der Belegschaft für die Rücknahme der Lohnsenkungspläne und Aufhebung aller Sanktionen gegen kämpferische Kollegen und Betriebsräte.

Die „Unbequemen“ bekamen recht:

IG-Bau-Vorstand zu Unrecht im Amt

FRANKFURT. — Eine empfindliche Niederlage mußte der Vorstand der Industriegewerkschaft Bau Steine Erden jetzt vor einem Frankfurter Verwaltungsgericht hinnehmen. Das Verwaltungsgericht gab einer Klage des Gewerkschaftsmitglieds Werner Röhm statt, der beantragt hatte, zwei Beschlüsse des Gewerkschaftstages und die dort stattgefundenen Wahlen für rechtsunwirksam zu erklären.

Seit vergangener Freitag waren damit der IG-BSE-Vorsitzende Konrad Carl und seine sechs Vorstandskollegen ihrer Ämter enthoben, mehr noch, urteilte das Gericht: „... in Anbetracht der nicht ordnungsgemäßen Einberufung des 12. Gewerkschaftstages sind ... alle gefaßten Beschlüsse und Wahlen unwirksam“. Der alte Vorstand ist in Berufung gegangen.

Hintergrund dieser Entscheidung vor einem Gericht ist ein schon lange währender Kampf einer oppositionellen Gruppierung innerhalb der BSE, die von der Führung der Bau-Gewerkschaft mit allen Tricks ausgeschaltet werden sollte. Der Gang vor Gericht ist bestimmt nicht das erste Mittel zur Klärung der Streitfragen — in diesem Falle aber trägt eindeutig der Vorstand die Verantwortung dafür, daß den Kollegen zur Durchsetzung ihrer berechtigten Anliegen, zur Wahrung der innergewerkschaftlichen Demokratie nichts anderes als der Weg zum Verwaltungsgericht blieb.

Hier nun eine kurze Chronologie der Ereignisse. Kopf der innergewerkschaftlichen Opposition der BSE ist Gerhard Schramm, Bezirksgeschäftsführer in Stuttgart. Gerhard Schramm steht schon lange einem der aktivsten und kämpferischsten Landesverbände der BSE vor. Er hatte — sehr zum Mißfallen auch des alten IG-BSE-Vorsitzenden Rudolf Sperner — bei den Arbeitgebern den Ruf eines harten Verhandlungspartners.

Vor dem letzten, dem 12. Gewerkschaftstag der IG Bau versuchten nun Sperner und sein designierter Nachfolger Konrad Carl den Gerhard Schramm und seine Unterstützer kaltzustellen. Mit der einfachen Mehrheit ihrer eigenen Gefolgsleute änderten sie die Satzung der IG BSE und verkleinerten den Vorstand von neun auf sieben Mitglieder. Bei den auf dem Ge-

Vorstand. Er bemängelte die Tricks, die eine Aussetzung der innergewerkschaftlichen Demokratie zur Folge hatten.

Dann schlug der neue IG-BSE-Vorstand gegen die Stuttgarter Opponenten zurück. In einer Nacht- und Nebelaktion wurde Schramm als Bezirksleiter gefeuert, neun weitere Funktionäre aus Stuttgart abgesetzt. Somit existierte dort kein Bezirksvorstand mehr. Die Stuttgarter aber zogen wieder vor Gericht und nach einem Vergleichsvorschlag sollte in Stuttgart neu gewählt werden. Die Basis in der Gegend aber war aktiv: ein Unterstützungsfond für den gefeuerten Bezirksleiter,



Die Kontrahenten: Der „Unbequeme“: Fliesenleger Röhm (links). Der illegale Vorstand: Konrad Carl (rechts)

werkschaftstag nötigen Nachwahlen zum Vorstand war Gerhard Schramm damit ohne Chancen.

Mit diesen Verfahrenstricks, die auch auf der Tagesordnung bzw. den Einladungen an die Delegierten nicht rechtzeitig bekanntgemacht wurden, wurde der Wunschvorstand des alten Vorstands zusammengewählt.

Die Antwort kam prompt: der Stuttgarter Fliesenleger Werner Röhm klagte gegen den



Flugblätter und Mobilisierung vieler Kollegen waren eine gute Vorbereitung für die Neuwahlen in Stuttgart.

Aber unter Anwesenheit eines Gesandten des Bundesvorstands wählten die Delegierten des Bezirks alle vom Bundesvorstand gefeuerten wieder in ihre Ämter zurück. Jetzt ging die BSE-Führung mit noch übleren Tricks vor. Sie versuchte nachzuweisen, daß einige der Ge-

wählten, unter ihnen der Fliesenleger Röhm, überhaupt nicht im Bezirk wohnen würden, und somit nicht dort ein Amt ausüben könnten. Schriftliche Gegenbeweise per Bestätigung von Einwohnermeldeämtern ignorierten die Bonzen. Bis jetzt ist der gesamte von den Kollegen neu gewählte Bezirksvorstand noch nicht anerkannt.

Von der BSE-Führung unter Konrad Carl kann er auch nicht mehr anerkannt werden, die ist — jetzt erwiesenermaßen — zu Unrecht im Amt. Und sie verfolgt ihre Versuche, die Opposition auszuschalten mit einer Halsstarrigkeit, die extrem gewerkschaftsfeindlich ist. Sie lehnte einen Vergleichsvorschlag ab, der einen kurzfristig einzuberufenden Sondergewerkschaftstag zur Lösung der strittigen Fragen vorsah, sie will die jetzigen Urteile nicht akzeptieren und notfalls durch sämtliche mögliche Instanzen gehen.

Schon äußern sich kritische Stimmen in anderen Gewerkschaften. Die Stuttgarter IG Metall schrieben, sie verfolgten den rüden Umgangston der Führung mit der Basis „mit wachsender Betroffenheit“ und warnten, der Vorgang habe Dimensionen angenommen, der weit über die IG Bau hinaus gefährlich sei.

Konrad Carl und seine Mannen ficht das nicht an. Der Nachfolger des 17 Jahre amtierenden Rudolf Sperner, Vorsitzender einer Gewerkschaft mit immer noch 520000 Mitgliedern will seinen Kurs weiterverfolgen. Noch 520000 Mitglieder schreiben wir, weil wir nicht wissen, wo Carls Politik für die IG BSE endet. Seit dem letzten — umstrittenen — Kongreß gaben 14000 Bauarbeiter ihre Mitgliedsbücher zurück. Konrad Carl, dem die große Tarifkommission seinen ersten ausgehandelten Tarifvertrag nicht unterschrieben hatte, weil er den Facharbeitern mehr Lohnerhöhung zubilligen wollte, als den schon schlecht bezahlten Bauarbeitern in den unteren Lohngruppen, muß zurücktreten. Was muß eigentlich noch passieren, damit solche Gewerkschaftsfeinde aus den Vorständen verschwinden?

Wieder dunkle Wolken über Dortmund:

Stahlwerk ade?

Die Schwarzen in Bonn
und Rohwedder Hand in Hand

Die neuesten Vorstellungen des Hoesch-Vorstandsvorsitzenden Rohwedder mit Kahlschlags- und Arbeitsplatzvernichtungsplänen an Millionen DM aus Bonn zu kommen, enthüllte kürzlich ein Flugblatt der RGO-Betriebsgruppe der Hoesch-Hüttenwerke. Wir drucken im folgenden die wesentlichsten Passagen ab.

Mit der Aufforderung an alle Stahlunternehmen, bis zum 15.9.1983 neue Investitionspläne vorzulegen, die nur noch Projekte betreffen dürfen, die bis zum 31.12.1985 auch fertiggestellt sind, hat die Bonner Regierung eine neue Runde im Stahlpoker eingeleitet.

Und Hand in Hand mit seinem Freund Lambsdorff in Bonn hat Rohwedder dies natürlich sofort aufgegriffen und versucht, Betriebsrat und Belegschaft erneut zu erpressen.

Zur Einstimmung auf die in dieser Woche stattfindenden Gesprächsrunden über die Stahlindustrie, hatte Rohwedder dazu letzte Woche Freitag die Betriebsratsvorsitzenden der Hütte und seinen Vorstandsstab zusammengerufen.

Diese Einstimmung hielt er angesichts folgender Termine wohl für nötig: Dienstag, 6.9., IGM-Stahlzusammenkunft in Düsseldorf; Mittwoch, 7.9., Treffen der Betriebsratsvorsitzenden und Arbeitsdirektoren mit der SPD-Spitze; Donnerstag, 8.9., Treffen der Hoesch-Betriebsräte mit dem IGM-Vorstand; Freitag, 9.9., Treffen der Hoesch-Betriebsräte und des Hoesch-Vorstandes mit Wirtschaftsminister Jochimsen und Rau in Bonn — anschließend daran — oder sonst nächste Woche — Gespräche mit dem Grafen Lambsdorff.

Rohwedder eröffnete den Betriebsratsvorsitzenden, daß die Bundesregierung die schon gestellten Anträge zurückgeschickt hätte, mit der Aufforderung, neue Anträge einzureichen. Er sehe keine Möglichkeit bis Ende 1985 überhaupt etwas neues zu investieren — aber man wolle das Bonner Geld auch nicht einfach an Hoesch vorbeilaufen lassen — deshalb kündigte er folgende Anträge von Hoesch in Bonn an:

Im folgenden beschreiben die Genossen der RGO-Betriebsgruppe Hoesch die genau-

en Auswirkungen der Pläne auf verschiedenste Abteilungen des Betriebs.

Kurz zusammengefaßt soll ein Blockgußbetrieb im Oxygenstahlwerk und eine Blockbrammenstraße [F1] dichtgemacht werden. Ferner soll eine Feineisenstraße (P4) zum Ende des Jahres dichtgemacht werden. Insgesamt, so erfuhr die RGO-Betriebsgruppe, würde diese Gesamtplanung bedeuten, daß nur noch zwei Hochöfen für das gesamte Werk benötigt würden.

Die von Rohwedder angekündigten Maßnahmen sind eine erneute Drehung und ein neuer Plan um das alte Ziel der Kaltwalzwerke GmbH durchzusetzen.

Wenn P4 und F1 geschlossen wären, fehlt nur noch die Schließung der P1 (im Werk Union) um von den Walzwerken her die Konzentration auf die Kaltwalzwerke bereits vollzogen zu haben.

Die Produktionsplanung 1984—1987 zeigt — in der Alternative ohne P4 —, daß dann in der P1 nur noch 13 Walzschichten pro Woche geplant sind. Bei sinkender Produktion — wie z.B. für Grubenausbau abzusehen — angekündigte Schließung von Gneisenau — und bei Abgabe der „Nebenprodukte“, die schon angekündigt ist — ist absehbar, daß der Vorstand ab 1984 mit einer zweischichtigen Arbeitsweise auf Union kalkuliert!

In den 1982 gestellten Anträ-

gen auf Investitionszuschüsse waren für das Werk Union für 1984/1985 86 Millionen DM vorgesehen, um einen Hubalkenofen zu bauen. Diese Investition — obwohl bis 31.12.85 durchzuführen — wird von Rohwedder schon gar nicht vorgesehen. Das macht deutlich, daß die Tage von Union — geht es nach den Vorstandsplanungen — gezählt sind. Wie sagte doch Rohwedder im Mai 1983: „Die Produktion schwerer Profile will Hoesch im Hause behalten, es sei denn es würde eine sehr attraktive Gegenleistung geboten.“ (Börsenzeitung 9.5.1983)

Die geplanten Maßnahmen in Hörde (Werk Phoenix) sollen einerseits den dortigen Kollegen vorgaukeln, ihre Plätze seien auf Jahre sicher — dabei würden sich die versprochenen Investitionen schon kurzfristig für Hoesch und die Banken lohnen — zum anderen über die Vernichtung von mehr als 1000 Arbeitsplätzen bei Phoenix praktisch selbst finanzieren!

Dagegen gilt es Widerstand zu leisten! Nein zu den neuen Erpressungen aus Bonn und von Rohwedder! Keine weiteren Stilllegungen — Erhalt von P4, F1 und P1! Kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze! Verstaatlichung der Stahlindustrie mit Garantie aller Arbeitsplätze! 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich! Heraus zur Stahlarbeiterdemonstration am 29. September in Bonn!

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Extrablatt



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Extrablatt

17. Jahrgang

Nach über einer Woche Werftbesetzung auf HDW ist klar:

Die Bundesregierung will die Konfrontation mit den Werftarbeitern

Seit über einer Woche ist das Werk Ross der HDW in Hamburg besetzt. Diese Besetzung ist ein Signal, das Geschichte macht! Die Wahrscheinlichkeit, daß gestern (nach Redaktionsschluß unserer Extraausgabe) ein solcher Schritt auch bei der AG Weser in Bremen getan wurde, ist groß. Unter der Hand wird gehandelt, daß diese Woche die IG Metall zu Warnstreiks auf allen Werften aufrufen läßt.

Alles das zeigt überdeutlich, daß es den Wertarbeitern, den HDWlern in Hamburg vor allem, um Existenzfragen geht. Eine Regierung, die ja eigentlich laut Verfassungstext (ohne jetzt eine Debatte über den Wert dieses Textes anzufangen) verpflichtet ist, Schaden vom deutschen Volk zu wenden, tritt die Lebensinteressen der Werftarbeiter mit Füßen.

Eiskalt und zynisch wollen sich diese ganzen beurlaubten Manager und Ex-Vorstände, die heute Minister sind, über die Forderungen der Arbeiter hinwegsetzen. Ein Stoltenberg wird nicht von ungefähr die Interessen seines Arbeitgebers Krupp auch und gerade in der Werftfrage vertreten. Ein Lambsdorff wird an die Aktienpakete seiner Victoriaversicherung denken, die über die Banken auch an den Werften mitmischen. Die ganze Mafia der Rüstungsgewinnler hat keinen Deut Interesse am Zivilschiffbau, sie wollen ein, zwei Kriegswerften. Und der BASF-Aufsichtsrat Kohl ist vor allem deshalb an die Regierung gehievt worden, um diese ganze Wendepolitik zugunsten der Reichen und Superreichen zu betreiben.

Sie wollen die Konfrontation, sie müssen sie nach dem Willen des großen Geldes in diesem ihrem Land suchen! Deshalb hagelt es Drohungen, die immer auch von dieser Regierung kommen, denn die läßt den HDW-Vorstand nur das machen, was sie will.

Zum ersten Mal treten mit den HDW-Arbeitern eine große Zahl Kollegen und mit ihnen, sie unterstützend, ein großer Teil der Hamburger Bevölkerung an, um entschiedenen Widerstand zu leisten gegen die Auswirkungen der Bonner Wendepolitik. Zum ersten Mal wird dieser Widerstand nicht auf Demonstrationen, Kundgebung, Warnstreik usw. beschränkt — deshalb hat diese Regierung den Auftrag vom Kapital, hart zu bleiben, denn das

soll keine Schule machen! So wird mit Polizeieinsatz gedroht, mit der kollektiven Entlassung der Belegschaft spekuliert, Einschüchterungsbriefe verschickt usw. usw.

Das Konzept ist klar und eindeutig: 15000 Arbeitsplätze weniger auf den Werften, und das als „Nahziel“! Die HDW-Schließung soll der AG-Weser-Schließung folgen. Die Forderungen der Belegschaften sind ebenfalls klar: Sie wollen ihre Arbeitsplätze behalten, den Zivilschiffbau. Und zwar nicht für ein viertel Jahr, sondern für ganz. Die Regierung und ihre Hintermänner ziehen daraus den Schluß, daß es keinen Kompromiß geben kann. Ihre Weigerung auch nur über das Konzept zu reden, zeigt dies.

Da kann das Konzept der Arbeiter nur lauten, umso entschlossener zu kämpfen, nicht kleinbeizugeben. Das mag „leicht gesagt“ klingen und ist sicher schwer getan. Aber: Wenn nicht jetzt, wann dann? Die Unterstützung ist groß, und sie wird noch größer werden, denn Gegner der Wende gibt es viele und nicht nur in Hamburg und Bremen.

Und wenn jetzt die SPD-Spitze sich noch so sehr abstrampelt, etwa „Ausgleich“ zu erreichen, viele ihrer Parteimitglieder und Wähler haben es schon gemerkt: Die Alternative zum „Brutalkurs“ der Bonner Regierung heißt nicht „soziale Abfederung“ der Arbeitsplatzvernichtung, heißt nicht, dadurch die Probleme für die Arbeiterschaft etwas zu mildern und ihre Auswirkungen etwas zu verschieben. Die einzige Alternative heißt, daß dieses Bonner Konzept, das der HDW-Vorstand als Speerspitze verfolgt, durchbrochen werden muß! Bei der Werftkonferenz haben Dohnanyi und Koschnik schon ihre Unterschrift für das Programm der VDS-Leute und der CDU gegeben, dahin führt in dieser Lage die Politik des „Ausgleichs“.

Die verschiedenen oppositionellen Gruppen auf den Werften, in den Betriebsräten, haben zusammen mit vielen IG-Metallern bei der Entwicklung des Widerstands der Werftarbeiter eine große Rolle gespielt und tun dies weiterhin — es ist aber die Aufgabe der IG Metall, nicht hinter dem Rücken der

AG Weser besetzt!

Am Montag beschloß die Belegschaft von AG Weser ohne Gegenstimme, bei einigen Enthaltungen, ebenfalls die Besetzung der Werft. Das ist ein ganz entscheidender Schritt zur Festigung und Ausweitung des Widerstands gegen das Konzept der Schiffbaukapitalisten und ihrer Bonner Regierung, ein Schlag auch gegen die Zustimmung des Bremer SPD-Senats zu diesem Konzept.

Volle Solidarität auch den Kollegen von AG Weser! Schickt Telegramme, Schreiben, Geld und Lebensmittel!

Die Regierung will durch die offene Konfrontation mit den Werftarbeitern dieses Konzept der Eigner, der Krupp und Thyssen und der Großbanken durchpeitschen, sie wollen nicht verhandeln, keine Zugeständnisse machen, nichts. Sie müssen besiegt werden, sie müssen in die Knie gezwungen werden, die Herren in Bonn und ihre Hintermänner! Weg mit dem Werftkonzept!

Belegschaften Kompromißlinien und Interessenausgleiche zu schustern (wie es in Kiel der Herr Böhm bis heute tut, wo er jetzt zum ersten Mal von der IGM gehindert wurde), sondern diesen Kampf zu organisieren, um die Interessen der Werftbelegschaften zu vertreten, gegen den Kurs der in Bonn auf Kommando der Krupp und Thyssen und der Banken gesteuert wird! Die Zeit für einen „geordneten Rückzug“ ist nicht da! Einen solchen Rückzug kann man, wenn er dann nötig sein sollte, immer noch dann machen, wenn es keine Erfolgsaussicht mehr gibt!

Die Werftbesetzung muß fortgeführt werden, der Widerstand muß ausgedehnt werden, dieser Kampf ist nicht nur HDW-Angelegenheit und auch nicht nur Hamburger und Bremer Sache! Die Regierung und das Großkapital wollen den Kniefall der Werftarbeiter — dann müssen sie in die Knie gezwungen werden: Das Konzept muß weg! Keine Werftschließung! Jeden Arbeitsplatz verteidigen!

Trotz Sperrfeuer der IGM-Betriebsräte: Widerstand und Solidarität auch bei HDW Kiel

Manch einer mag nach einer Woche Werftbesetzung „sauer“ sein auf die Kieler Kollegen. Da passiert nichts, man hört nichts, meinen viele. Aber nur das Letztere stimmt, passieren tut allerhand, auch wenn es der dortige Böhm-Betriebsrat (der ja für die IG Metall amtiert) nicht haben will.

Es war demzufolge auch ein RGO-Betriebsrat, der in der Betriebsversammlung den Antrag einbrachte, daß die Kieler Kollegen für die Forderung der Hamburger eintreten sollten (daß ein Schiff statt in Kiel in Hamburg gebaut werden soll): Und die Abstimmung ergab eine große Mehrheit für die Unterstützung der Hamburger Forderung!

Und es war demzufolge der IGM-Funktionärskörper, der die Betriebsratsmehrheit in Kiel dazu brachte, endlich den Kampf gegen die Überstunden-schinderei zu führen. Am letzten Wochenende, als Samstags ungefähr 1200 Leute arbeiten sollten, zogen einige Hundert Kollegen als Streikposten auf, die zweieinhalb Stunden lang die Ableistung von Überstunden verhinderten!

Die Bereitschaft zum Widerstand ist also auch in Kiel durchaus da, trotz all der unterschriebenen Auflösungsverträge, die faktisch Entlassungen überflüssig machen. Diese Entwicklung ist Otto Böhm und seiner Geheimpolitik um sogenannte Interessenausgleiche zu verdanken, die Arbeitsplätze sind futsch.

Die RGO schreibt dazu in einem Flugblatt für HDW Kiel vom 14.9.:

Kollegen!

Wer glaubt, nur weil bei uns die meisten Kollegen ihre Kündigung schon haben, sei das Konzept für uns in Kiel schon abgehakt, der irrt sich gewaltig. 191 Entlassungen stehen auch hier noch an. Und die ganzen Entlas-

sungen und der Sozialabbau, as ist doch nur der erste Schritt des Konzepts gewesen. Auch in Kiel will der Vorstand in den kommenden Jahren den Handelschiffsneubau einstellen und noch mehr Entlassungen vornehmen. Und Ahlers hat sich erst gestern im NDR II für eine Senkung der Tariflöhne ausgesprochen — genau wie es auch im Konzept steht. Dem Kampf der Hamburger Kollegen gebietet nicht nur unsere mündliche und formale Solidarität. Wir müssen schon aus eigenem Interesse die Betriebsbesetzung der Hamburger Kollegen unterstützen, indem wir selbst auch weiter (wieder?) kämpfen!

Das HDW-Konzept ist die Speerspitze des Kahlschlagkonzepts der Werftunternehmer und ihres Staates gegen die Werftarbeiter aller Werften. Die Arbeiter der Großwerften HDW-HH, AG Weser und Vulkan in Bremen kämpfen! Wollen wir Kieler Werftarbeiter uns in den Dreck treten lassen, in der Hoffnung, daß es uns nicht so stark erwischt? Die nächste Welle kommt bestimmt. Auch wir müssen kämpfen!

Am Donnerstag berät der Betriebsrat über die weiteren Entlassungen. Gehen wir alle um 9 Uhr zum Betriebsratsbüro und fordern:

- Keine weiteren Entlassungen
- Hände weg von unseren Löhnen
- Boykott der Überstunden
- Solidarität mit den Hamburger Kollegen — Ein Schiff nach Hamburg!



Generalangriff auf die Berg-, Stahl- und Werftarbeiter!

So muß man die konzentrierten Maßnahmen der letzten Monate durch die Kapitalisten und ihre Regierung in Bonn bezeichnen. **Der Werftenplan** — getragen von Werftkapitalisten, Bundesregierung und beteiligten Landesregierungen — sieht die Vernichtung mindestens zweier Werftstandorte (HDW/Hamburg und einer Bremer Werft) und den Abbau von über 15000 Arbeitsplätzen insgesamt vor! **Die Planungen der Stahl-Industrie** sehen ebenfalls die Vernichtung ganzer Standorte, sowie die Vernichtung von mindestens 33000 Arbeitsplätzen innerhalb von drei Jahren vor! **Und im Bergbau** schließlich soll mit der geplanten Schließung der Zeche Gneisenau in Dortmund eine neue Runde des Zechensterbens eingeleitet werden.

Wie aus der nebenstehenden Statistik zu ersehen ist, sind von den Planungen insbesondere Bremen, NRW und das Saarland betroffen, ist doch in ihnen die Abhängigkeit großer Teile der Industrie von diesen drei (oder zwei) Branchen gegeben.

Sowohl den führenden Kapitalistenverbänden, wie auch insbesondere der Bonner Rechtsregierung kommt natürlich zupass, daß es sich hier um konzentrierte Bereiche der Arbeiterklasse und Hochburgen der SPD handelt. Angesichts der bevorstehenden Kahlanschläge versuchen sie ihre Politik der Wende als die Lösung aus der Krise auch hier zu verkaufen. Dazu dienen ihnen:

- Die zu erwartende Arbeitslosenzahl von über 20 Prozent, wenn die Pläne nicht gestoppt werden.
- Die finanziellen Forderungen der Bundesregierung gegenüber den Landesregierungen, sich an den Kosten der Kahl-

schlagpläne mit 50 Prozent zu beteiligen.

- Die Vernichtung der Bundesunternehmen (wie z.B. HDW oder Peine-Salzgitter) zugunsten der Profite der privaten Konzerne in diesen Bereichen.
- Der Versuch, insbesondere den SPD-Landesregierungen von Bremen, Hamburg und NRW den schwarzen Peter für die Krise zuzuschreiben.

Und in der Tat, was hat uns denn die SPD als Ausweg anzubieten?

Wenn der Ministerpräsident von NRW, Rau, z.B. für Stahl feststellt: „Wir müssen bei den Arbeitsplätzen zurückfahren, auch wegen des Produktivitäts-

Gewerkschaftsrates der SPD — Loderer feststellt: „Die Angst (vor dem Verlust des Arbeitsplatzes) ist ein Riesenproblem. Wir müssen auch den Arbeitgebern klarmachen, daß diese Angst natürlich politische Folgen haben kann. Daran können die Arbeitgeber ebenso wenig interessiert sein wie wir, wenn Stabilität und Demokratie in diesem Lande auch weiterhin erwünscht sind.“ (WR, 25.8.83) Dann heißt das doch, daß man uns darauf vertrösten will, daß es einen gemeinsamen Weg mit den Kapitalisten aus der Krise für uns geben kann. Wir Kommunisten meinen, daß die Frage aber doch steht:

Den Gürtel enger schnallen oder kämpfen?

„Den Gürtel enger schnallen“ oder kämpfen, um die eigenen wirtschaftlichen Interessen und sozialen Errungenschaften gegen die Krisenangriffe der Unternehmer und des bürgerlichen Staates zu verteidigen? So steht für die Arbeiter und Angestellten — das heißt nicht nur die Opfer, die uns heute schon zugemutet werden, zu schlucken. Wenn wir uns nicht entschlossen wehren, wird es noch dicker kommen.

Die Reichen sollen die Krise bezahlen!

- Drastische Anhebung der Besteuerung der Profite von Konzernen und Banken!
- Faktisches Wegsteuern aller Beträge über 120000 DM Jahreseinkommen! Anhebung der Einkommens- und Körperschaftsteuer ab 80000 DM Einzeljahreseinkommen!
- Kompromißlose Eintreibung aller Steuerschulden der Banken, Konzerne und Groß-

verdiener! Schluß mit den Steuergeschenken an die Unternehmer! Schluß mit dem Abschreibungsmissbrauch! Durchgreifen gegen die Wirtschaftskriminalität!

Kompromißlose Verteidigung unserer Arbeitsplätze!

- Keine Zustimmung in Aufsichtsräten und Betriebsräten zur Schließung von Werken und zum Abbau von Arbeitsplätzen, solange nicht tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen sind, was praktisch den Aufbau neuer Betriebe bedeutet!
- 35-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich!
- Die Vergabe von Steuergeldern an die Konzerne muß verbunden werden mit Arbeitsplatzgarantien!

Wir haben hier Forderungen zusammengefaßt, die nach unserer Auffassung am ehesten geeignet sind, einem weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, einer weiteren sozialen Entrechtung der Arbeiter- und Angestelltenklasse entgegenzuwirken und die auch durchsetzbar sind. Durchsetzbar durch den solidarischen Kampf der Arbeiter und Angestellten und ihrer Gewerkschaften. Das ist das Gebot der Stunde. Diese einheitliche Kampffront gegen die Krisenangriffe der Unternehmer ist nach unserer Überzeugung nicht nur notwendig, sondern auch möglich, wenn in unseren Gewerkschaften Schluß gemacht wird mit sozialpartnerschaftlichen Illusionen und Konzepten und ein klarer klassenkämpferischer Kurs eingeschlagen wird. Dafür wird unsere Partei sich einsetzen.



fortschrittes, und sozialdemokratische Politik kann nur darin bestehen, dieses Zurückfahren so zu begleiten, daß dabei menschliche Härten reduziert werden.“ (NRZ, 1.9.83) so ist das doch nur die Fortsetzung der Politik des „sozial abfedern“, die von uns immer neue Abstriche fordert, „um des sozialen Friedens willen“, um nicht entschiedenen Front zu machen gegen die Kapitalisten und ihre Pläne.

Oder wenn der noch IGM-Vorsitzende — und Mitglied des

Breite Solidarität hilft weiter

Rund 200000 Mark sollen in den ersten sieben Tagen der HDW-Besetzung nach unseren Informationen gesammelt worden sein. Allein 38000 Mark brachte die Hamburger GAL in „zwei Lieferungen“ auf — sie wird sich bemühen insgesamt 100000 Mark zu sammeln. Aber auch sonst gibt es jede Menge große und kleine Spenden, von den Grünen, der SPD bis hin zu Kindern, die ihre Sparsbüchsen geplündert haben.

Aber auch sonst: Es ist nicht nur der Besucherstrom, der nicht abreißt — zwischen 11.00 und 23.00 Uhr werden Passierscheine von der Belegschaft ausgegeben, viele tausende bisher. Es sind auch Bäcker, die eben mal eine Ladung Kuchen bringen, Gemüsehändler, die einen Wagen abladen, Erbsensuppen und Eintöpfe. Es ist die Runde „Ein Bier für HDW“, die aus einer Kneipensammlung eben 246 Mark bringt und, und, und...

Und es sind auch die Bewohner in den Stadtteilen. So berichtet die Wilhelmsburger Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung von einem Einsatz am Samstags-Wochenmarkt, wo sie nur mit Schildern und Büchsen, ohne Flugblätter oder sonstiges Infomaterial zu haben von mehreren hundert Passanten in recht kurzer Zeit 900 Mark sammelten. Wobei die Hälfte der Spenden

der von selbst kam, erst gar nicht gefragt werden mußte, Bescheid wußten eh alle.

Aber es sind auch die zahllosen Betriebsräte und Vertrauensleute, Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsgruppen, die „ihre“ Belegschaften informieren, mobilisieren, zur Solidarität anhalten.

Geld, Lebensmittel, Beistandsschreiben und Telegramme sowie ununterbrochen verschiedenste Formen von Dele-

gationen aus anderen Betrieben, alles das stärkt den Kampf der HDW-Arbeiter, demonstriert, daß sie sich nicht in einem isolierten Zweikampf gegen die schwarze Regierung, deren Hintermänner und Handlanger befindet, sondern daß breite Teile der Arbeiter und Angestellten sehen, daß hier auch ihre Interessen berührt werden. Das muß unbedingt weitergehen, sagen alle — dem ist nichts hinzuzufügen.



Diese — aktualisierte — Fassung eines älteren Klebers stellte die Hamburger KPD den HDW-Kollegen in zunächst 1500 Exemplaren zur Verfügung. Dort werden sie zum Solidaritätspreis verkauft und sind ein echter Renner und eine kleine Aufbesserung der Belegschaftskasse.



Solidaritätswand — neben zahlreichen gewerkschaftlichen und betrieblichen Organen aus der ganzen Bundesrepublik tauchen da auch nahezu alle linken und revolutionären Organisationen der BRD immer wieder auf. In den ersten fünf Tagen Besetzung kamen bereits mehrere tausend Besucher.

Solidaritätstelegramm

+++ unsere partei bekundet ihre volle solidarität mit eurem kampf für die verteidigung eurer arbeitsplätze gegen das kahlanschlagskonzept des hdw-vorstandes + euer entschluss, das werk zu besetzen, weist vielen belegschaften, die ebeno durch die unternehmerische arbeitsplatzvernichtung in ihrer existenz bedroht sind, den richtigen weg: + nicht stillhalten sondern kämpfen + zur unterstützung eures kampfes werden wir 500 mark auf euer solidaritätskonto überweisen + zentralkomitee der kpd +++

Mit diesem Telegramm begann das Zentralkomitee unserer Partei die überregionale Solidaritätsarbeit der KPD mit den HDW-Kollegen. Inzwischen haben bereits sehr viele Parteiorganisationen, Ortsgruppen und Betriebszellen geschrieben und Geld gespendet, sind viele Genossen hingefahren. Zahlreiche Genossen der Partei haben in ihren Funktionen in Betriebsrat, V-Leute-Körpern usw. ihre Kollegen mobilisiert, wie es sehr viele linke und klassenkämpferische Kollegen aus verschiedensten Parteien und Organisationen in der letzten Woche in der ganzen BRD taten.

Solidarität mit den HDW-Arbeitern!

Liebe Leser, liebe Freunde und Genossen, die Besetzung des Hamburger Werkes der HDW ist eine Aktion, deren Bedeutung weit über Hamburg hinausreicht. Zum ersten Mal kommt es in einer der großen „Krisenbranchen“ zu einer solchen Aktion in einem großen, bundesweit bekannten Werk. Schon die Solidarität mit Videocolor war damals ein großer Faktor im Kampf — diesmal muß sie noch größer werden! Solidaritätsschreiben oder -Telegramme, Geldspenden oder auch Delegationen und aktive Öffentlichkeitsarbeit im eigenen Bereich sind dabei unter anderem wichtige Schritte!

Solidaritätskonto für die Belegschaft der HDW - Hamburg:

Arbeiter-Wohlfahrt Bank für Gemeinwirtschaft Kto.-Nr. 1293031100 BLZ: 20010111

Solidaritätsschreiben an:

Betriebsrat bei HDW Roßweg 20 2000 Hamburg 11 Tel.: (040) 74073290/91

Lambsdorff lügt immer weiter: keine Aufträge

Deutsche Reeder haben 126 Schiffe bestellt — im Ausland!

Dies „keine Aufträge“ ist eine der gängigsten Lügen, mit denen den Belegschaften und der Öffentlichkeit weisgemacht werden soll, es gäbe eben keinen Ausweg als Schließungen, Entlassungen usw.

Tatsache ist: Deutsche Reedereien haben gegenwärtig 126 Schiffe in Auftrag gegeben. Allerdings: Im Ausland. Von Südkorea bis Gott weiß wohin lassen sie bauen. Nur nicht auf bundesdeutschen Werften. Wenn man so will: Das würde eigentlich die große Diskussion um „Exportsubventionen“ für die Werften von selbst erledigen. Wenn zuerst einmal jene Bonner

Subventionen gestrichen würden, mit denen die Reeder in den letzten Jahren all diese Bauaufträge bezahlt haben.

Die Forderung der KPD heißt deshalb:

Keine Reedersubventionen für Auftragsvergabe an ausländische Werften!

Lambsdorff aber dreht munter weiter an d'esser Propaganda herum. Erst letzte Woche hat er das so ungefähr jeden Tag im Fernsehen behauptet, Stoltenberg trat dabei als sein Echo auf. Die Tatsachen aber dürften den beiden Herren ebenso bekannt sein wie uns. Nur haben

sie halt kein Interesse daran (und ihre Auftraggeber und Spendengeldauszahler auch nicht) daß sie bekannt werden. Denn sonst würde die öffentliche Diskussion ja wohl auf solche für die Herren heikle Punkte

Rote Zahlen werden fabriziert — von den Banken wird kassiert

163 Millionen Mark von HDW geholt

Wenn Entlassungen vorbereitet werden, kommt stets und überall das Argument der ach so bitteren Verluste. Da werden dann Bilder gezeichnet, die erwarten lassen, daß man morgen Krupp und Thyssen vorm Bahnhof betteln sieht.

Auch hier: Die Tatsachen sehen anders aus. Es wird verdient, auch am Stahl, auch an den Werften. Nur: Das taucht in den Büchern unter Verluste auf. So zum Beispiel, wenn HDW innerhalb von zwei Jahren 163 Millionen Mark alleine an Zinsen bezahlt. Das ist Geld, das auf der Werft erarbeitet wurde, die Banken streichen es kaltblütig ein.

Und solche angeblichen Verluste werden dann hervorgeholt, wenn es darum geht, Schließungen usw. zu begründen — die in Wirklichkeit nur dazu dienen, die von den Reichen angelegten Gelder in gewinnträchtigere Bereiche verschieben zu können. Krupp und Thyssen wollen ihre

hinauslaufen wie warum denn die Arbeitsplatzvernichtung auch noch von dieser Seite her aus Bonn (aus Steuergeldern) bezahlt wird.

Es ist auch bei den Werften wie beim Stahl und der Kohle:

Es wird von Bonn aus gelogen, um zu verhindern, daß immer mehr Leute erkennen, daß es das skrupellose Gewinnstreben der Unternehmer ist, das solche Krisensituationen hervorruft und nicht etwa irgendwelche Naturereignisse.

Und die SPD-Führung, hier

Dohnanyi und Koschnick, sie machen das Spiel mit — sowohl auf der Werftenkonferenz, als auch in ihrer Argumentation. Denn: Wofür sie eintreten ist ja eben nicht eine grundsätzlich andere Politik, sondern daselbe in gemäßigter Ausgabe, in gemilderter Form.



Das Quartett, das das Unternehmerkonzept unterschrieb

Am 21. April, also vor gerade fünf Monaten, fand die zunächst so viel beschworene „Werftenkonferenz“ statt. Dort schwor Michael Budczies, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Schiffbauindustrie (VDS) die Regierungschefs der vier norddeutschen Bundesländer auf seinen Kurs ein. Die SPD, die vorher stets behauptet hatte, eine solche Konferenz wäre eine echter Alternative zur Bonner Werftenpolitik, gab klein bei. Der „Rote Morgen“ schrieb in seiner Ausgabe vom 29. April dazu:

Die Konferenz

Da saßen sie also, der kreidefressende CDU-Rechtsaußen, der aristokratische Sozi, der reaktionäre Strahle(n)mann und Norddeutschlands berühmteste Bürokratenseele. Die glorreichen Vier, in freundschaftlicher, netter Atmosphäre, wie sie selbst anschließend meinten. Nun ja: Viel Presse und Fernsehen, teures Essen und eine Atmosphäre der Geschäftigkeit, wo nichts mehr zu tun war.

Als Theaterstück hätte es vielleicht „Politikerentscheidung“ heißen können, was da aufgeführt wurde. Denn beschlossen war schon alles längst, das hatten die Werftkapitalisten und die Manager von HDW schon selbst übernommen.

Die Werftenkonferenz, von der SPD als Allheilmittel gegen die Kahlschlagpläne angepriesen, als Geburtsquell einer sozialen Regelung, war nicht einmal das: keine „Abfederung“, keine „Untergrenze“, überhaupt nichts wurde da beschlossen, was auch nur im entferntesten dem Unternehmerkonzept in den Weg hätte geraten können.

Der CDU paßt dies in ihr Konzept. Die ganzen „in der Politik geschickten“ Manager des Schlages Albrecht, Barschel oder Stoltenberg wollen ja genau dies: Keine politische Beeinflussung der Unternehmerentscheidungen. Die SPD, die versucht es immer noch nach dem alten Rezept, dem sogenannten Ausgleich, der auf Dauer noch nie einer war. Und tut so, als hätte sie nicht bemerkt, daß die Spielregeln dahingehend geändert wurden, daß es keinen Ausgleich mehr geben soll.

Arbeitsplatzabbau muß sein — das war denn auch der einzige Nenner, auf den man sich „einigen“ konnte, und da kann man ja auch eine solche Konferenz für machen, das kostet nichts, meinten CDU und Unternehmer. Aber: Es könnte sein, daß es langfristig doch sehr viel kostet. Nicht nur die Hamburger SPD, deren Parteitag Dohnanyi diese „gemeinsame Linie“ auch noch als Erfolg verkaufen wollte. Es könnten auch die ganzen etablierten Bonner Parteien Verluste hinnehmen müssen. Glaubwürdigkeitsverluste. Oder was soll man von einem Staat, in dem die Politiker mit großem Pomp die Unternehmerentscheidungen bejubeln, denn anderes sagen, als daß es ein Unternehmerstaat ist? Ein Unternehmerstaat, der den Arbeitern immer weniger zu bieten hat, wo es ein Mehr nur noch beim Verzicht, beim Arbeitsplatzabbau gibt?

Eine symptomatische Konferenz, ein Modell für die wahren politischen Verhältnisse in diesem Staat. Modellhaft für die Notwendigkeit des eigenständigen Kampfes der Arbeiter, wie es die KPD in ihrem Werftprogramm vorschlägt. Darin werden zahlreiche konkrete Schritte angegeben, die heute zur Sicherung der Arbeitsplätze getan werden können. Tatsache bleibt, daß unter anderen politischen Verhältnissen, unter der Voraussetzung der Enteignung und Entmachtung der Unternehmer und ihrer politischen Interessenvertreter eine wirklich dauerhafte Lösung all der Probleme, vor denen die westdeutschen Arbeiter und Angestellten stehen, möglich ist. Im Sozialismus, wenn es die Arbeiter selbst sind, die über ihre Räte die politische Macht ausüben.

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Postcheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Was wird wie subventioniert?

Subventionen, so die Bonner Regierung, nur, wenn sie sinnvoll seien. Und dann werden Fregatten für die blutigen Diktatoren in der Türkei ins Gespräch gebracht.

Schon vor rund einem halben Jahr hatte der Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ bei Blohm & Voss solche Dinge durchgerechnet. Den vier „Türkei-Fregatten“ stellte er damals vier Aufträge zweier deutscher Reedereien nach Südkorea und Brasilien gegenüber. 30 Prozent teurer wären bundesdeutsche Werften gewesen hieß es bei den Reedern. Macht bei 340 Millionen Mark Auftragsvolumen

rund 110 Millionen. Das macht 40 Millionen weniger als für die vier Kriegsschiffe. Und damit wären fast zwei Millionen Arbeitsstunden subventioniert worden, gegenüber rund 1 Million Stunden beim Türkei-Auftrag...

Aber den Krupp und Thyssen und ihren Stoltenbergs geht es eben nicht um irgend etwas, sondern sie wollen den Zivilschiffbau weitgehend einschränken (der Preis für Fregatten läßt sich dann immer noch hochtreiben und die türkischen Militärs werden eh nicht bezahlen, sondern die DM-Türkei-Hilfe).

HDW als Argument gegen die Verstaatlichungsforderung?

Für die Verstaatlichung der Werftindustrie

Enteignet Krupp, Thyssen und Co

Bereits im April '83 wurde im „Roten Morgen“ der folgende Artikel veröffentlicht, mit dem auf Fragen geantwortet werden sollte, warum man denn von den Kommunisten die Verstaatlichung der Werften fordere, wo doch HDW verstaatlicht sei, und doch sogar eine Vorreiterrolle gegen die Werftbelegschaften einnehmen würde. Ein Argument, das man berücksichtigen muß, wenn man darüber diskutiert, welchen Weg der Kampf der Werftarbeiter nehmen muß, den sie zum Erhalt ihrer Arbeitsplätze führen. Aber trotzdem eben kein Argument gegen die Forderung nach Verstaatlichung der gesamten Werftindustrie.

Denn sicher ist HDW „verstaatlicht“. Aber es ist dies eben eine typisch kapitalistische Art der Verstaatlichung, eine Aktion in der Art, wie es das große Kapital haben will: Unter der Leitlinie „Sozialisierung der Verluste, Privatisierung der Gewinne“, wie es schon immer in solchen Fällen war.

HDW diene den anderen Werftunternehmen, um es mal drastisch zu sagen, als Schrottabladeplatz. Das beste Beispiel dafür ist eben Hamburg, wo für dasselbe Geld, für das bei HDW wegrationalisiert wurde, auf der anderen Seite, im selben Reparaturbereich, Blohm & Voss ausgebaut wurde: aus Steuergeldern, versteht sich.

Insofern ist diese Entwicklung ein eindeutiger Beweis dafür, daß man in solchen kapitalistischen Krisenbranchen die Forderung nach einer gesamten Verstaatlichung der Branche, in allen Sparten erheben muß, sonst wird es immer wieder einen solchen Verlauf nehmen. Und daß diese Forderung ergänzt und präzisiert werden muß, um der Gegenseite Spiel-

räume wegzunehmen: Arbeitsplatzgarantie, Arbeitszeitverkürzung usw.

Deutlich wird auch, daß dabei die Forderung nach Kontrollrechten für die Belegschaften dazugehört, um den Einfluß der Arbeiter auf das Geschehen auszubauen und abzusichern.

Im Konkreten betrachtet, wenn einmal davon abgesehen wird, was mancher Linke meint, was die Kapitalisten eigentlich tun müßten, zeigt es sich wiederum — wie auch bei der Stahlindustrie — daß das Kapital gegen die Verstaatlichung ist.

Dabei gehen die Privatbesitzer so weit, daß sie die geplante Werftenkonferenz — das SPD-Zugpferd — vom 21. April ganz direkt vor vollendete Tatsachen stellen wollen, obwohl von dieser Seite im besten Falle äußerst gebremster Widerstand gegen massive Kahlschlagpläne zu erwarten ist.

Ihre Pläne zur Werftsanierrund sind alt: Sie datieren aus dem Jahr 1970, der damaligen Werftenquote, und sie wurden auf die heutigen Verhältnisse „übertragen“. Die Wende in

Bonn beflügelt solche Unternehmerpläne. Denn man will solch kostenträchtige Vorgehensweisen, wie bisher in der Stahlindustrie praktiziert, vermeiden. Die vielen Millionen Staatsgelder, die die sozialdemokratische Regierung ausgab, um dort „sozial abzufedern“, wie das so schön heißt, die will das Kapital heute nicht mehr wegfleßen sehen, womöglich gar noch etwas in Arbeitertaschen als Abfindung usw. Das soll wenigstens auf ein Minimum reduziert werden, die politischen Rücksichten sollen fallengelassen werden, jetzt hat man die politischen Bedingungen dafür. So meinen die Unternehmer wenigstens.

Die Werftbesitzer sprechen dazu durchaus eine deutliche Sprache: Der einzige Ausweg aus der Werftenkrise bestehe in einer „einzelbetrieblichen Lösung“ ist ihre Haltung. Was heißt: Spaltung der Arbeiterschaft, Herabspielen des Umfangs des Problems, und eben einmal mehr: Heraushalten der Politik.

Und dies wird garniert mit massiver Erpressung: Wenn die Belegschaften das HDW-Konzept 83 nicht annehmen, dann kommt es um so dicker und um so schneller.

Deshalb ist der Kampf um die Verstaatlichung ein dicker Strich durch die Rechnung von Kapital und Reaktion, wenn er so geführt wird, wie ihn — unter anderem — auch unsere Partei

den Werftarbeitern vorgeschlagen hat:

„Verstaatlichung der Werftindustrie. Das ist die Klammer, um alle Belegschaften gemeinsam in den Kampf zu führen. Diese Verstaatlichung hat aber nur Sinn, wenn:

- alle Arbeitsplätze garantiert werden;
- alle Werftstandorte erhalten bleiben;
- alle Schiffbauplätze solange erhalten bleiben, bis vollwertige Ersatzarbeitsplätze geschaffen worden sind;
- auf allen Werften die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ermöglicht wird;
- der Lohn- und Sozialabbau gestoppt wird;
- volle Rente mit 60 Jahren garantiert wird;
- die Belegschaften Kontrollrechte erhalten.

Die Schiffbauindustrie ist eine politische Industrie. Vor allem in Norddeutschland ist sie von großer Bedeutung. Deshalb muß sie verstaatlicht werden und die verantwortlichen Politiker müssen dazu gezwungen werden, unsere Forderungen zu erfüllen. Denn, daß diese es freiwillig nicht tun, das wissen wir auf HDW nur zu gut!

Gemeinsamer Kampf aller Werftarbeiter für Arbeit, soziale Leistungen, Lohnabsicherung und 35-Stunden-Woche!“

(Aus „Frischer Wind“, Betriebszeitung der KPD für HDW/Hamburg vom 22. März 1983, siehe auch „Roter Morgen“ Nr. 13/83).

Die Entführung aus der Werft

Als wir am Donnerstag auf HDW ankommen, herrscht am Tor Aufregung. Irgendetwas muß passiert sein. Und in der Tat — ein Schiff wurde entführt. Das, was die „Bild“-Zeitung am nächsten Tag unter der bezeichnenden Überschrift veröffentlicht „Erster Frachter geflüchtet“ — wir bekommen es noch unmittelbar mit.

Der brasilianische Frachter „Serra Verde“, der einen An-

ren, wurden einfach bis zur nächsten Werft Böttcher und Gröning entführt.

Auf der anschließenden Debatte herrschte höchste Aufregung. Falls sich jemand ausge-

rechnet hatte, die Belegschaft sei durch diesen Piratenakt einzuschüchtern, so hatte er sich



Der Verletzte

strich bekommen sollte, wurde von Schleppern ausgeentert, die Trossen sollten gekappt werden. Hunderte von Kollegen gingen hin, redeten auf die Mannschaft ein, die Aktion kam zum stocken, da befahl der Kapitän den Schleppern volle Fahrt — die Trosse rissen, fegten über den Boden, ein Kollege wurde verletzt. Drei andere Kollegen, der IGM-Sekretär Melzer, der RGO-Betriebsrat Matthiessen und ein Betriebsrat der „Aktiven Metaller“, die noch an Bord wa-



Hunderte von Kollegen versuchten die Entführung zu verhindern



Der kriminelle Akt ist gelungen, die Wut groß

Wenn einer eine Reise tut ...

„Sie haben viel geredet und nichts gesagt“

Aus einem Gespräch mit Hanni Brey, die Mitglied der ersten HDW-Delegation nach Bonn war.

Was sie denn eigentlich erzählen sollte, fragt sie, auf ihre Reise nach Bonn angesprochen. Aber dann hat sie doch ganz schön viel zu erzählen. Im Zug nach Bonn habe man sich noch mal abgesprochen, der Betriebsrat Napiwotzky sollte die Forderungen vortragen: Rücknahme der Entlassungen, Stoltenberg soll nach Hamburg kommen, mit Belegschaft und Betriebsrat verhandeln, eines der drei Containerschiffe soll von Kiel nach Hamburg abgegeben werden.

Von den Grünen werden sie am Bahnsteig empfangen mit Blumenstrauß. Das war so ungefähr das einzige angenehme Erlebnis. Im Kanzleramt (mich als Frau haben sie gar nicht zur Kenntnis genommen, die Typen) muß eine fremde, bedrückende Atmosphäre geherrscht haben. („Die konnten nicht mal Kekse essen, wir hatten Hunger und haben zugelangt“). An der Spitze der Regierungsleute stand Kanzleramtschef Schreckensberger. Es sei nicht ihre Aufgabe ein neues Konzept auszuarbei-

ten, meinten die CDU-Leute, sondern das bestehende umsetzen zu helfen. Außerdem dürfe man HDW als Staatsbetrieb nicht bevorzugen, solche Befürchtungen würden eh schon von verschiedenen Eignern vorgebracht. Und natürlich: Die Besetzung ist gesetzeswidrig, das muß alles wieder in „die Organe“ zurück.

Kurzerhand: Was sie erleben war eine vielleicht formal höflich getarnte, ansonsten aber eiskalte Abfuhr. Und eiskalt war auch ein Wort, das sie mehrmals benutzte, um die Regierungsleute und deren Haltung zu beschreiben. Menschen interessieren die gar nicht. Derselbe Eindruck war wohl auf der anschließenden Pressekonferenz

vorherrschend, wo die Bonner Redakteure gegenüber den Proleten aus der Provinz als die eigentlichen „Sachverständigen“ auftraten.

Bei der SPD, anschließend: Der Klose weiß so unheimlich über die Werften Bescheid, daß er in der ganzen Zeit keine einzige Frage stellte und auch sonst nichts sagte ...

Wie in den Medien Stimmung gemacht wird

Reporter sollen lügen

Der Auftritt des nun wirklich nicht vom Hunger gezeichneten Herrn Gatter im Fernsehen, als er in den Tagesthemen den HDW-Arbeitern weise Belehrungen erteilte (sie wären ja gar nicht in Polen!), sie wären eh unvernünftig usw. usw. und immer wieder signalisierte schon eine gewisse Wende in der Berichterstattung der Medien. Stoltenbergs Verlautbarungen im Sinne der Werftkapitalisten stehen im Vordergrund, im übrigen

will man nun einen Stimmungsumschwung in der Öffentlichkeit. Klar, daß „Bild“ dabei vorne ist. Da ist ja auch der Frachter „Serra Verde“ geflohen (der arme hat wohl gelitten?) und nicht etwa in einem ziemlich kriminellen Akt entführt worden.

Aber das geht auch ganz direkt. Ein freier Reporter wird per Anruf angewiesen (am Donnerstag letzter Woche) man habe

jetzt genug Bilder von der Besetzung, man brauche jetzt Bilder von Arbeitern, die arbeiten. Hat er keine, gibt's auch nicht. Aber der Sinn ist klar, Resignation wenigstens vortäuschen, um sie so zu erzeugen. Und der Vorstand hat ja auch schon behauptet, das alles sei das Werk einer kleinen radikalen Minderheit. Was natürlich insofern stimmt, als die Werftkapitalisten und ihre Regierung wirklich nicht viele sind ...



verrechnet. Beim Schiff selbst war schon lautstark nach Steinen gerufen worden, ein ausländischer Kollege, der sich durch mutigen Einsatz hervorgetan hatte, wollte sich gar noch bei den Kollegen dafür entschuldigen, daß er es nicht geschafft hatte, die Entführung zu verhindern.

Auf diese Weise kam dann der Beschluß zustande, die Tore noch besser zu besetzen und die auf Dock liegenden drei Schiffe besonders gut zu bewachen, denn, darüber waren sich alle ei-

nig: „Wir brauchen ein Faustpfand“. Resigniert war diese Reaktion jedenfalls nicht, ganz im Gegenteil, so macht ein Kollege hat deutlich gespürt, zu was für krummen Dingen Eigner und Vorstand zusammen mit Reedern so fähig sind. Und daß dabei auch größere Verletzungen hätten passieren können, das ist den feinen Herren da oben scheinbar egal. So wurde auch beschlossen, daß künftig nicht nur nichts mehr die Werft verläßt, sondern auch kein Material mehr rein kommt.

Schicksale ...

Die Socken

Er habe jetzt seinen festen Wohnsitz hier, so hatte die taz den HDW-Arbeiter Horst Brey zitiert. Was auch stimmt. Nur so ganz eingerichtet ist er noch nicht da. Als wir mit ihm sprachen, nachdem wir ihn, wie so manchen anderen, ausgefragt hatten, kam auch ein persönliches Problem von ihm zur Sprache: Zwar er frisch geduscht, aber es fehlten ihm frische Socken nach vier Tagen auf der Werft. Barfuß steckte er in den Arbeitsschuhen. Solche Probleme gibt es immer wieder, aber sie lassen sich beheben. Wenn's bloß das wäre, heißt es da einfach. Am Abend hat er sie dann, seine frischen Socken. Und noch einiges mehr, denn es wir ja wohl noch länger dauern, nicht wahr?

Außen vor geblieben

Ich stehe am Tor zusammen mit einer ganzen Reihe Kollegen. Plötzlich ein Ausruf: „Ah, sieh mal, wer kommt denn da — der Karl Hofmann“ und großes Gelächter. Wer ist denn das? Ist ja die naheliegende Frage. Karl Hofmann, so erklären mir die Kollegen, ist der Sprecher des Christlichen Metallarbeiterverbandes, der auf der Betriebsversammlung letzten Montag gegen die Werksbesetzung geredet hatte. Oder besser: Dagegen reden wollte, weil er ausgepöffelt wurde, kam er nicht zu Ende. „Der kommt hier nicht rein“, ist die einhellige Lösung. Er versucht's dann auch gar nicht, zumindest nicht zu jener Zeit, da wir da stehen. Aber man will ihm helfen, ein Kollege jedenfalls. Der bietet sich an, dem Karl Hofmann einen Spaten zu holen. Damit er auf dem Parkplatz vor dem Tor ein Loch buddeln kann, von wegen der Arbeitswut ...

Entlassen

Noch so eine Geschichte, die man erzählt bekommt, die ein bißchen zeigt, was sich da alles so entwickelt. Herr Nadler, ziemlich unbeliebtes Vorstandsmitglied, will auf die Werft, darf aber nicht. Der feine Herr ärgert sich und tobt herum. Und außerdem habe das alles sowieso arbeitsrechtliche Konsequenzen.

Da schiebt sich ein Kollege nach vorne, sonst der Erzählung nach wohl eher einer der Stillen im Lande, und sagt dem Nadler: „Arbeitsrechtliche Konsequenzen? Klar! Sie sind entlassen, Mann!“ Darauf fiel Herrn Nadler nichts mehr ein ...

Bestellt Informationsmaterial der KPD

- ☐ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen“
☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte zu Veranstaltungen eingeladen werden
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden

Name

Vorname

Straße

PLZ/Ort

Bitte einsenden an: KPD, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30

Sozialismus ist mehr als Modelle zu übernehmen

real existieren müssen

- Arbeitermacht
- Streikrecht
- Demokratie und Frieden

ZEITUNG DER KPD

RM Verlag, Postfach 300526, 46 Dortmund 30



Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich:

Abonnement(s) ...

ab Nr.

Die Zahlung erfolgt:

☐ jährlich 60 DM

☐ halbjährlich 30 DM

☐ Ich lege Post-/Bankscheck bei

über DM

☐ Ich habe den Betrag von DM

an den Verlag überwiesen

☐ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname

Straße

PLZ/Ort

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Bankverbindungen: Stadtparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000290

(Bankleitzahl 44050199) Postcheckkonto Dortmund 79 600-461

Leserbeiträge zum Antikriegstag 1983

„Bei Stationierung — Streik“

Korrespondenz aus Kempten / Allgäu

Liebe Genossen!

Am 1.9. fand in Kempten eine Antikriegsveranstaltung des DGB statt, zu der knapp 100 Teilnehmer erschienen waren, jüngere aber auch viele ältere Kollegen. Es wurden Gedichte, u. a. von Tucholsky vorgetragen und eine Rede gehalten. Der Redner sprach sich eindeutig gegen eine Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenraketen, sowie für eine Verschrottung der bestehenden Atomwaffen und die Beseitigung der Nervengaslager in der BRD aus. Gemäß der allgemeinen Richtlinie des DGB wurden die Supermächte aufgefordert, die Genfer Verhandlungen „endlich ernsthaft und konstruktiv zu führen und erfolgreich abzuschließen“. Im Flugblatt „Nie wieder Krieg“ fordert der DGB von der Bundesregierung und Bundestag: „Eigständige Vertretung der besonderen Sicherheitsinteressen im Rahmen des NATO-Bündnisses“. Das NATO-Bündnis an sich wird nicht angetastet. Zum Schluß forderte der Redner die Anwesenden auf, eine Resolution zu unterstützen, nach der die DGB-eigenen Räumlichkeiten

ten zur atomwaffenfreien Zone erklärt werden. (Wer käme wohl auf die Idee, im DGB-Haus eine Rakete aufzustellen?)

Anschließend fand eine hitzige Diskussion statt, in deren Verlauf schnell der Gegenvorschlag auftauchte, im Falle einer Stationierung zum Warn- bzw. Generalstreik aufzurufen. Einige Kollegen kritisierten die lasche Haltung des DGB-Bundesvorstands in der Friedensbewegung. Schließlich wurde einstimmig (!) die folgende Resolution an den DGB-Bundesvorstand verabschiedet (sinngemäß): „Die Versammlung zum Antikriegstag 1983 in Kempten fordert den DGB-Bundesvorstand auf, im Falle einer Stationierung von Pershing II zum Warn- bzw. Generalstreik aufzurufen.“

Es wäre sicher eine gute Möglichkeit, solche Abstimmungen über Warn- bzw. Generalstreik im Falle einer Stationierung in Ortskartellen der Gewerkschaft bzw. in den Betrieben durchzuführen, um so mehr Kollegen in den Friedenskampf einzubeziehen.

Viele Grüße
ein Genosse aus dem Allgäu

Von Lesern erhielten wir auch die folgenden Fotos von Antikriegstagsaktivitäten:



Demonstration in Westberlin



Antikriegstag in Wolfsburg: „VW-Arbeiter für Abrüstung“.



In Karlsruhe am 1.9.83

Spendenkampagne 30000 DM für den RM

Eine unabhängige revolutionäre Wochenzeitung ist eine teure Sache

Wollten sich „Spiegel“ und „Stern“ z. B. allein über die Verkaufserlöse finanzieren, so würden sie 10,— DM oder mehr kosten. Die hauptsächlichen Erlöse dieser Zeitschriften (wie im übrigen der gesamten bürgerlichen Presse) laufen über die dicken Anzeigenaufträge der Industrie. Die kriegen wir nicht und wollen wir nicht.

Also?

Der „Rote Morgen“ müßte mehr als das Doppelte kosten, um die Kosten seiner Herstellung abzudecken. Ein Verkaufspreis von 2,— DM oder mehr würde also die Verkauflichkeit des „Roten Morgen“ nicht gerade steigern.

Außerdem:

Die meisten Kosten des „Roten Morgen“ sind auflagenunabhängig: Löhne der Redakteure, Setzer, Lay-Out, die ganze Druckvorbereitung. Je geringer die Auflage, desto

höher liegen die Herstellungskosten pro Exemplar.

Außerdem:

Die Möglichkeit der Partei, „Roter-Morgen“-Defizite mit Beitragsgeldern abzudecken, sind begrenzt. Die Partei hat in den letzten Jahren die Beiträge dreimal gesenkt.

Also?

SPENDET!

In der letzten Woche sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

W. K., Essen	10,— DM
A. B., Leverkusen	187,05 DM
KPD Tübingen	50,— DM
T. R., Hamburg	70,— DM
KPD Westberlin	430,— DM
KPD Recklinghausen	300,— DM

insgesamt

1047,05 DM

Damit sind bisher 17211,95 DM an Spenden für den „Roten Morgen“ bei uns eingegangen.

Wir danken allen Freunden und Genossen herzlich für ihre Spenden.

Spenden für den ROTEN MORGEN sind bei der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Spenden sind bis zu einer Höchstgrenze von 1800,— DM (Ledige) bzw. 3600,— DM (Verheiratete) absetzbar. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen.

Spenden bitte überweisen an die:

KPD 4600 Dortmund 30, Stadtparkasse Dortmund (BLZ 44050199)
Kto.-Nr. 321004547
Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046)
Kto.-Nr. 6420-467



Neu im Vertriebsprogramm des Verlags Roter Morgen:

Lehrbuch
Politische Ökonomie
Band 1: Die bürgerliche Produktionsweise, 359 Seiten, 14,80 DM
Band 2: Die sozialistische Produktionsweise, 397 Seiten, 9,80 DM

Ernst Thälmann:
Reden und Aufsätze
Band 1: 655 Seiten mit vielen Bilddokumenten 7,70 DM
Band 2: 567 Seiten mit vielen Bilddokumenten 7,70 DM

Paul Merker:
Deutschland —
Sein oder Nichtsein
Band 1: Von Weimar zu Hitler, 424 Seiten, 19,80 DM
Band 2: Das Dritte Reich und sein Ende, 574 Seiten, 24,— DM

Ernst Thälmann-Poster
Schwarzweiß, DIN A 1, nur
3,— DM

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Postfach 300526, 46 Dortmund 30.

Lieber Freund, ich sende Dir einen sehr zärtlichen, schwesterlichen Gruß; ich freue mich sehr über Deine Briefe, die mich immer wieder unsere unglückliche Lage für kurze Zeit vergessen lassen. Bei uns sind die Dinge sehr schwierig geworden, ganz besonders für uns Gewerkschaftsangehörige, es gibt keine Arbeit und unsere Gefährten haben nicht die geringste Ahnung, wann man sie aus dem Gefängnis kommen läßt; sie werden von einem Prozeß zum anderen geschleppt, und wenn ein unabhängiger Richter ihre Freilassung verfügt, dann erfinden sie (die Militärs) ganz rasch eine neue Anklage. Du siehst, es ist zum verzweifeln. Was mich betrifft, so sind jetzt schon drei meiner Kinder im Schulalter und ich kann noch immer keines von ihnen zur Schule schicken, weil ich das Geld dazu nicht habe. Die Schulen sind teuer, ich meine für unsere Verhältnisse sind sie es, weil die Schuluniform verlangt wird oder entsprechende Kleidung, und dann die Schuhe und Hefte und das alles. Sie sagen, die Kinder müssen sauber zur Schule kommen, aber meine Kinder sind sauber, und ich weiß das besser als der Schuldirektor, weil ich die Mutter bin. Wir sprechen oft darüber, daß unseren Kindern ihr Recht auf Bildung absichtlich weggenommen wird, damit sie nicht ihre Verhältnisse begreifen lernen und nicht Lesen und Schreiben lernen und dann am Ende Flugblätter machen oder sowas, Du verstehst schon. Aber Julio ist jetzt sieben Jahre alt, er wird doch in seinem Alter durch das

ziner, die teilweise auch eigene Hilfsprojekte aufbauen) aus meinem Viertel arbeiten. Von dem Geld, das Du mir geschickt hast, habe ich dann natürlich gleich eine Gasflasche gekauft und sogar eine in Reserve, damit sich das Unglück nicht wiederholt, aber ich habe auch ein bißchen Angst vor dem Gas; was soll man machen.

Eine von den Nachbarinnen arbeitet jetzt im Beschäftigungsprogramm der Regierung. Das ist schon eine verrückte Sache, weil die Leute, die dort unterkommen — und viele sind es nicht — von der Regierung nicht mehr als „Arbeitslose“ bezeichnet werden. Dabei verdienen sie wirklich einen Scheißdreck. Meine Nachbarin bekommt zum Beispiel 6 US-Dollar in der Woche und soll davon zwei Kinder ernähren und ihrem Mann Pakete ins Gefängnis bringen, weil das Essen dort krank macht. Natürlich geht das nicht und sie muß außerdem noch andere Arbeit suchen, wo immer sich was kleines findet. In der Gewerkschaft heißt es, daß es in ganz Chile heute schon über 30 Prozent Arbeitslosigkeit gibt, aber die Regierung sagt natürlich was ganz anderes. Das liegt erstmal daran, weil die immer lügen, sobald sie den Mund aufmachen, und zweitens an dem Trick mit dem Beschäftigungsprogramm. Wenn Du da arbeitest, kannst Du Dir am Abend gerade so viel Brot kaufen, damit Deine Kinder und du noch den nächsten Tag Anst zu haben. Ohne die gegenseitige Hilfe und die Solidarität wären wir schon alle längst draufgegangen. Ist das

scheid weißt und er sich keine Sorgen machen soll. Außerdem erfährst Du ja alle wichtigen Dinge durch mich oder den Anwalt. Er sagt, daß er sich jetzt weniger einsam fühlt als bisher und daß es ein ganz seltsames Gefühl ist, zu wissen, daß es Menschen in einem ganz fernen und fremden Land gibt, die sich Sorgen um ihn machen und sich um ihn kümmern. Ich schreibe Dir das, weil Du in Deinem letzten Brief erzählt hast, daß es unter den jungen Menschen in Euren Land viel Unzufriedenheit darüber gibt, daß sie ihre Solidarität zu uns oder anderen Völkern nicht anders ausdrücken können, als durch Briefe oder durch finanzielle Hilfen, und daß viele von ihnen deshalb resignieren. Ich versuche das zu verstehen, auch wenn es mir unlogisch erscheint. Denn wenn man Großes tun kann, dann müßte man doch eher anstelle der großen Aktionen möglichst viele kleine unternehmen, anstatt einfach aufzugeben. Man tut doch nichts Großes, wenn man plötzlich gar nichts mehr tut, nicht? Jedenfalls müßt Du ihnen erzählen, wieviel uns allen Eure Anwesenheit bedeutet und die einfache Tatsache, daß Ihr bei uns seid und an uns denkt, daß wir auf Euren Schultern ausruhen dürfen, wenn wir müde sind. Ich glaube, das ist schon etwas Großes. Ich bin Dir sehr dankbar, unendlich dankbar auch im Namen meiner Kinder, für das Geld, das Du uns geschickt hast. Ich danke Dir auch für Deine Worte, daß es kein Almosen ist und eigentlich nicht nur für meine Kinder ist, son-

Lebensgefährten der Autorin für kurze Zeit gemeinsam in Haft) hat erzählt, daß es in den ersten Jahren nach dem Elften (Tag des Militärputsches 1973) sogar noch mehr Hilfe von Westdeutschland gab als heute, auch wenn Eure Regierung wohl mehr für Pinocchio ist (Pinocchet). Ich glaube, es muß ein sehr großes und sehr ehrenhaftes Volk sein, daß so solidarische und wirkliche Menschen hervorbringt. Ich glaube, Dein Volk steht auf unserer Seite und nicht auf der von Pinocchio. Glaubst Du das nicht auch? Im Radio kommt manchmal etwas über die politische Lage in Westdeutschland und über die deutsche Bewegung für den Frieden, weil Ihr die amerikanischen Waffen nicht in Eurer Heimat haben wollt. Das müssen sehr aufrechte und mutige Menschen sein, die das tun, und es sind sicherlich sehr viele, denn sonst könnten sie den Premierminister (Bundeskanzler) und den Vaquero (Cowboy, also Reagan) nicht so in Verlegenheit bringen. Ich glaube nicht, daß Ihr eine Minderheit seid. Vielleicht wißt Ihr nur zu wenig über die Gedanken der anderen. Hier ist es so, daß eigentlich alle auf unserer Seite sind, aber es gibt eben viele, die sich noch nicht trauen, ihre Stimme zu erheben, aber die kämpfen in ihrem Herzen doch mit. Vielleicht ist es bei Euch auch so? Stell' Dir vor, sogar die Camioneros (kleine Fuhrunternehmer, deren aus US-Mitteln finanzierter Streik wesentlich zur Destabilisierung der Regierung Allende beitrug) sind jetzt gegen die Regierung, weil die Wirtschaftslage ihnen an den Hals geht. In den letzten Monaten ist vieles anders geworden, es gibt etwas weniger Angst, und überall erwächst so etwas wie ein neuer Mut, besonders in der Hauptstadt, viele ganz winzige Schritte haben dazu geführt, daß das Volk nun wieder seine Macht zeigt.

Ein Jahr, bevor mein Gefährte ins Gefängnis kam, habe ich damit begonnen, bei einer kleinen Theatergruppe mitzuarbeiten. Wir gehen in die Elendsviertel oder auf die Dörfer und spielen dort Geschichten aus unserer eigenen Erfahrung, um bei den Leuten Bewußtsein für ihre Situation zu schaffen. Natürlich müssen wir aufpassen, Du verstehst schon, aber die Leute verstehen sehr gut, wovon wir sprechen. Wir versuchen die Zusammenhänge zu zeigen zwischen unserem Leben und dem, was die Reichen mit uns anstellen, manchmal fangen wir auch bei Problemen an, deren Wesen wir selbst erst noch richtig verstehen müssen. Vor einiger Zeit hat uns zum Beispiel einer von den jungen Ärzten gefragt, ob wir nicht ein Stück über Alkoholismus machen können. Viele von uns waren zuerst ablehnend, weil das, na ja, kein sehr heroisches Thema ist, nicht wahr? Aber er hat uns dann die Geschichten von seinen Patienten erzählt, von denen die meisten nicht Alkoholiker geworden sind, weil sie blöd oder verkommen waren, sondern weil man sie in der Fabrik kaputtgemacht hat und sie für ihre Probleme keine Lösung fanden, oder weil sie arbeitslos wurden und all das. Wir haben in der Gruppe viel darüber diskutiert, daß der Alkoholismus eine Krankheit ist wie jede andere und sogar einen Virus hat, den Virus des Elends, des Hungers und der Hoffnungslosigkeit, und daß man in schlechten Situationen immer nur drei Wege hat: Man wird krank, man arrangiert sich oder man wehrt sich. Und so haben wir dann aus unseren eigenen Beobachtungen in der Nachbarschaft und aus den Erfahrungen

Nicht nur wegen dieses abgedruckten Artikels eine lohnenswerte Sache:

„linkskurve“-Abo

4/83 • Magazin für Kunst und Kultur • 7 DM
Okt./Dez. 1983 V 7513 F

linkskurve



Drinnen und draußen
CHILE 1983
Loest • Fiechtner • M. Schneider • Bittner

C. Urban: Ausländer raus! • Frauen in Chile: Im Widerstand wachen • U.M. Flechtner: Über Sergio Vesely • Cecilia Buisser: Bilder • M. Schneider: Schreiben — ein Umweg zum Tode • E. Wetzl: Die Betonkugel (Romanauszug) • U. Hetscher: Über Vridolito Enxang • Kulturnotizen • Tips • Nachrichten

Buchmesse extra:
Redaktion: von der Grün-
Blond: Bittner,
Pawek, Friedel
u.a.

Die neue „linkskurve“, die am 1. Oktober erscheint. Einzelheft 7,— DM, Abonnement nur 25,— DM für vier Ausgaben incl. Porto. Bestellungen von Einzelheften und Abonnements bitte an: Verlag Neue Zeit GmbH, Ringstraße 53, Postfach 4304, 2300 Kiel 1, Tel.: (0431) 61906, Postscheckkonto Hamburg 191949-200 BLZ 20010020

Vorabdruck aus der neuen Ausgabe des Kulturmagazins „linkskurve“:

Der folgende Text umfaßt Auszüge aus mehreren Briefen, (Juni bis August '83) einer jungen chilenischen Gewerkschaftlerin, deren Lebensgefährte seit mehreren Monaten in politischer Haft ist. Sie lebt unter miserablen wirtschaftlichen Verhältnissen in einer kleinen Provinzstadt und versucht, ihre vier Kinder durchzubringen. Ihr Lebensgefährte, ebenfalls Gewerkschaftsangehöriger, hat vorläufig keine Aussicht auf Entlassung aus der Haft, die offiziellen Anklagepunkte gegen ihn sind fingiert und wechseln des öfteren. Alle Orts- und Eigennamen wurden geändert.

Briefe aus der chilenischen Provinz

bißchen Schule nicht subversiv werden, oder?

Letzte Woche hatten wir einen schlimmen Unfall zu Hause. Manuel, unser Jüngster, ist beinahe vergiftet worden. Ich erzähle Dir, wie das kam: Du weißt ja, daß ich die Miete nicht mehr zahlen konnte und deshalb ins Viertel auf dem Berg gezogen bin. Hier gibt es in den Häusern nur Herde mit Kohle oder solche, die mit Gasflaschen betrieben werden, weil der Strom unbezahlbar ist. Dann hatte ich kein Geld für die Gasflasche und mußte mit Kohle in dem Lehmherd ein Feuer machen, und als ich einmal ganz kurz weggehen mußte, verstopfte sich irgendwie der Rauchabzug und Manuel lag bei meiner Rückkehr halbtot in seinem Bettchen. Nun, inzwischen ist der Schreck überstanden, Manuel ist im Krankenhaus, wo auch welche von den „Jungen Ärzten“ (fortschrittliche Medi-

nicht eine Schande und ein Betrug? Und wenn Du Arbeit hast, richtige Arbeit, dann müßt Du fragen, was für eine. Meine Schwägerin ist jetzt in der Hauptstadt als Dienstmädchen und verdient fast 150 US-Dollar im Monat, sie hat mir geschrieben, daß es nur deshalb so viel Geld ist, weil ihre Herrschaft aus dem Ausland ist, aber sie hat auch Andeutungen gemacht, daß es keine gute Arbeit ist, weil man sie dazu zwingen will, mehr zu tun als zu putzen, Du verstehst schon. Deshalb wird sie wohl bald wieder gehen müssen und sitzt dann auch auf dem Trockenen, und das in einer fremden Stadt.

Mein Gefährte freut sich sehr über die vielen Briefe, die er aus Westdeutschland bekommt und ist traurig, weil er so selten antworten kann und wenn, dann nicht so, wie er möchte. Ich habe ihm gesagt, daß Du sehr gut über seine Situation Be-

den auch für Deine, damit sie in einer besseren Zukunft leben können, und deshalb sei es nicht wie ein Geschenk, für das man sich bedanken muß, sondern eine andere Art von Egoismus: Wir haben über den letzten Satz in der Versammlung sehr gelacht und waren tief bewegt über Deine Einstellung und die unserer Freunde aus dem deutschen Volk. Du hast mir in Deinen Briefen viel berichtet über Dein Land und auch gesagt, daß wir von Euch nicht viel erwarten dürfen. Ich möchte aber nicht, daß Du über Dein Volk schlecht sprichst. Wir wissen, daß es ein Land von den Yankees ist, daß es wie die Yankees an uns gesaugt und uns ausgenutzt hat; aber eine Regierung ist immer etwas anderes als ein Volk, bis zur wirklichen Freiheit meine ich. Wir haben schon viel Hilfe bekommen von Deinem Volk, und Pedro (ein älterer Gewerkschaftsfunktionär, war mit dem

des Arztes ein Stück gemacht, in dem wir ein und dieselbe Geschichte in drei Variationen spielen: Jemand erlebt alle Stadien des Elends, das wir in den Vierteln alle gut kennen, wird zuletzt arbeitslos, und weiß nicht mehr, wie er seine Familie durchbringen soll und so weiter, und dann geht's los. Einmal arrangiert sich der Typ, indem er Kollegen verpflegt, um den Boß herumdiener und schmutzige Dinger dreht, um seinen Job wiederzubekommen, einmal fing er aus Verzweiflung an zu trinken und blieb völlig passiv, und in der letzten Geschichte versucht er sich zu wehren, nicht nur in der Fabrik, sondern auch im Viertel, wo er eine Nachbarschaftshilfe aufzieht und Lebensmittel für die Kinder sammelt. Da wir keine Märchen erzählen wollten, geht die letzte Geschichte sehr realistisch aus, das heißt er landet im Gefängnis. Aber trotz des traurigen Endes bekam diese Geschichte den meisten Applaus bei den Leuten. Nach der Vorführung hat der Arzt gesagt, es wäre ein großer Erfolg gewesen, weil einige Männer freiwillig zu ihm in die Therapie gekommen sind, und außerdem haben drei Frauen gesagt, daß sie bei dem kleinen Projekt von Irena in Zukunft mithelfen wollen. Das habe ich Dir noch nicht erzählt: Irena geht nämlich mit ein paar Frauen aus der Nachbarschaft jeden Tag los, um in den Müllbehältern der beiden Supermärkte in der Stadt oder in den Vierteln, wo die Reichen wohnen, nach Essen zu suchen. Dann wird alles sauber gemacht und daraus jeden Tag ein Essen für die Kinder aus dem Viertel auf der Straße gekocht. Wenn ich kann, helfe ich Irena, manchmal ist uns nach Theaterstücken auch was geschenkt worden oder wir bekommen Unterstützung von der Kirche oder von den Leuten, die in der CODEPU (Komitee für die Verteidigung der Rechte des

Volkes, Menschenrechtsgruppe) arbeiten.

Das hat natürlich schon zu Zwischenfällen geführt, weil das Militär den Hunger ebenso verboten hat wie alles andere, ich will damit sagen: Niemand darf sehen, daß es ihn gibt, also auch nicht, wie man versucht, ihn zu bekämpfen. Deshalb gibt es immer wieder Offiziere unter den Patrouillen, die herkommen und den Topf umschmeißen, Polizisten machen das auch manchmal, bei den Razzien sowieso. Nicht alle machen das, einige gucken auch weg, und neulich hat sich ein junger Soldat bei einer Razzia sogar zuerst geweigert, den Topf für die Kinder in den Staub zu gießen. Natürlich mußte er es dann doch tun. Es ist eine Schande, mit ansehen zu müssen, was diese Hurensöhne aus den jungen Kerlen gemacht haben, es ist eine Schande, wirklich!

Manchmal bin ich sehr verzweifelt und mutlos, und ich schreibe Dir heute, weil die Traurigkeit mich überwältigt hat und die Kinder nicht sehen sollen, daß ich weine; deshalb schreibe ich an Dich, weil man nicht weint, wenn man an einen Bruder und guten Freund denkt und daran, daß man ja nicht allein ist. Eshalb schreibe ich Dir, weil ich heute einen Freund und einen Bruder brauche und nicht weinen möchte. Mein Gefährte hat heute erfahren, daß er wieder einen neuen Prozeß bekommen wird und wieder mit einer neuen Anklage, weil die alte bei Gericht nicht standgehalten hat. Jetzt behaupten sie sogar, er sei bei seiner Verhaftung bewaffnet gewesen, und weil sie ihn mit der Gewerkschaftsarbeit nicht drankriegen konnten, versuchen sie es jetzt mit dem illegalen Waffengesetz. Es macht einen so wütend und so hilflos, daß diese Hurensöhne sich noch immer als Herren über die Wahrheit und die Geschichte fühlen und mit so einer stinkenden und un-

erträglichen Hochmutigkeit lügen und stehen und morden, als ob sie das leibhaftige Heer Gottes wären und niemand je von ihnen Rechenschaft fordern würde. Manchmal fühle ich mich so schwach, um das Leben unserer Kinder gegen diese Faschisten zu verteidigen und jeden Tag von neuem um das Brot zu kämpfen und die Verzweiflung zu besiegen. Manchmal glaube ich, daß meine Schultern zu schwach sind für das Vertrauen, das mein Gefährte mit entgegenbringt, und die Nachbarn, und das Vertrauen, das aus Deinen Briefen spricht, wenn Du sagst, daß es aus unseren Händen eines Tages ein neues Chile geben wird, ein Chile der Gerechtigkeit, der Gleichheit und Freiheit. Verstehst Du mich? Mit den Demonstrationen und Streiks und mit dem neuen Mut der Presse und so hat man zwar schon das Gefühl, daß die Tür sich jeden Tag ein bißchen mehr öffnet, aber es geht so langsam und es wird noch so viele Opfer fordern, und ich möchte nicht, daß meine Kinder oder mein Gefährte zu den Opfern zählen. Wenn ich doch mit Hoffnung allein meine Kinder durchfüttern könnte oder meinen Gefährten aus dem Knast holen. Aber die Hoffnung ist nichts Materielles, sie ist nur unser Glaube an einen neuen Tag, sie ist keine Waffe, mit der man den Feind vernichten kann. Es tut gut, so etwas zu schreiben, denn den anderen darf ich sowas nicht sagen, sie haben genug an ihren eigenen Problemen; Du wirst mich verstehen, bin ich sicher, und Du wirst auch wissen, daß ich morgen früh wieder mit neuer Kraft aufwachen werde, um weiterzumachen wie bisher.

Als ich Dich gefragt habe, ob es möglich wäre, die deutsche Gewerkschaftszentrale um Unterstützung für die verhafteten Kollegen zu bitten, hast Du mir geschrieben, daß Du das schon getan hast, daß wir uns aber keine großen Hoffnungen machen sollen, weil die deutschen Gewerkschaftler zwar innerlich und mit ihrer Überzeugung fest an unserer Seite stehen würden, aber die Gewerkschaft selbst ihre Macht nicht für uns verwenden kann, und Du hast die Gründe sehr offen und mit großer politischer Kenntnis beschrieben. Bitte verge dich nicht, ich kann es gut verstehen, und mein Gefährte auch, daß man manchmal solidarisch ist mit dem Herzen, aber die Hand andere Dinge tun muß. Ich habe großen Respekt vor den deutschen Arbeitern, und wenn sie es für richtig halten, lieber Waffen für Pinochet zu bauen als ihren Arbeitsplatz unserer wegen zu riskieren, dann dürfen wir das nicht kritisieren. Jedes Volk muß seinen eigenen Weg finden.

Es gibt ja auch sehr viel inoffizielle Hilfe von Seiten der deutschen Gewerkschaft. Natürlich ist es traurig, wenn eine Gewerkschaft es einmal geschafft hat, so große Macht und beinahe die Regierung selbst zu übernehmen wie in Westdeutschland, wenn sie es dann trotz ihrer Macht nicht wagt, gegen die Interessen der Industrie ganz offen und direkt uns zu helfen, aber es wäre anmaßend von uns, darüber schlecht zu sprechen. Ihr habt ja auch große Probleme in eurem Land und könnt nicht immer nur an uns denken, das ist ja klar. Aber bitte sage Deinen Freunden von der westdeutschen Gewerkschaft, daß wir ihre Motive verstehen und eine große Dankbarkeit für die inoffizielle Hilfe haben, auch wenn wir in manchen Punkten die Gründe für das Schweigen nicht ganz verstehen können, weil unsere Geschichte eben anders ist. Aber bitte sage ihnen auch: Wenn die Gewerkschaft von Deutschland sagt, daß mein Gefährte und die anderen sofort freigelassen werden müssen, dann sind sie wieder zu Hause, ich meine, wenn sie es wirklich ernsthaft sagt und bereit wäre, dafür ganz ernst zu kämpfen. Denn außer den Yankees hat hier keiner so viel zu sagen wie Westdeutschland. Deshalb wäre es ganz einfach, wirklich. Aber wahrscheinlich kann es so nicht sein, und deshalb sind wir alle doppelt dankbar für die Solidarität von Dir und Deinen Freunden, weil Ihr über alle die Schranken und Motive hinweg für uns da seid.

Lieber Freund, ich werde für heute diesen Brief beenden. Morgen ist wieder ein Nationaler Protesttag und wir werden alle auf die Straße gehen. Ich habe ein wenig Sorge dabei, denn es hat schon einige Tote und viele Verhaftungen gegeben. Wenn auch ich ins Gefängnis komme, werden die Kinder allein sein. Aber ich muß es einfach tun, ich habe keine andere Möglichkeit, denn die Zukunft meiner Kinder wird auch nichts wert sein, wenn wir es nicht schaffen, die Militärs zum Teufel zu jagen, irgendjemand muß ja damit anfangen, und wenn wir nicht zeigen, daß ein Mensch mit der Angst fertigwerden kann, dann werden die anderen nie mit der Angst fertig. Ich hoffe, daß ich Dir in den nächsten Tagen wieder schreiben kann. Und wenn es mir nicht möglich sein sollte, dann weiß ich, daß viele, viele andere den Kampf fortsetzen werden bis zum Tag des Sieges. Ich sende Dir eine zärtliche Umarmung...

(Aus verständlichen Gründen verzichten wir darauf, die Autorin und den Empfänger dieser Briefe namentlich zu nennen.)

Gegen Sozialabbau durch die Regierung:

Großer Streik in Belgien

Bald Armee als Streikbrecher?

Seit mehr als zehn Tagen liegt der gesamte öffentliche Dienst Belgiens lahm. Ein Streikaufruf der Gewerkschaften wurde breit befolgt, die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes, der Bahn, Post, Müllabfuhr, Grenz- und Gefängnisbeamte wollen die Regierung zwingen, massive Lohnsenkungen zurückzunehmen.

Um ein riesiges Defizit im Haushalt zu stopfen, hat die christlich-liberale Rechtsregierung des Ministerpräsidenten Wilfried Martens ein Sozialabbauprogramm vorgelegt, das vor allem die kleinen Arbeiter, Angestellten und Beamten trifft, das ihnen das Geld aus der Tasche ziehen soll.

So soll die Auszahlung aller Löhne und Gehälter von bisher Monatsanfang auf das Monatsende verlegt werden, was praktisch einen vollen Monat Lohnstopp bedeutet. Daneben gibt es noch eine ganze Reihe von Kürzungen und Kurzarbeitsplänen. Etwa 750 Millionen Mark will die Regierung in diesem Bereich einsparen.

Dagegen wehren sich die Betroffenen seit jetzt schon mehr als zehn Tagen. In Belgien geht nichts mehr. An den Grenzen bilden sich kilometerlange LKW-Schlangen, weil die Grenzbeamten die Transporte nicht abfertigen, der gesamte Orts-Nah- und Fernverkehr ist zusammengebrochen. Die Müllwerker packen nichts mehr an,

in den Städten türmen sich Müllberge. Alle Postämter, Schulen und viele Verwaltungen stillen sind geschlossen. Der Rundfunk bringt nur alte Musikkonserven.

In der Schelde-Mündung, vor dem Hafen Antwerpen, stauen sich Hunderte Schiffe, die Versorgung der belgischen Wirtschaft droht zusammenzubrechen. Ein Versuch der Regierung, die Lotsen dienstzuverpflichten, mißlang. Jetzt sollen auch die Flughäfen des Landes lahmgelegt werden.

Nach Drohungen der reaktionären Regierung zur kompromißlosen Durchsetzung ihrer Lohnsenkungspläne die Armee als Streikbrecher einzusetzen, kam die prompte Antwort der Gewerkschaften. In diesem Falle, und bei weiterer starrer Haltung der Regierung wird der Streik auch auf die Privatwirtschaft ausgedehnt. Ein gutes Beispiel für konsequenten Widerstand gegen eine Politik des Lohnraubs und des Sozialabbaus.

Türkei: Hungerstreik in Diyarbakir

Schon zwei kurdische Gefangene tot

Seit Anfang September findet im Militärgefängnis von Diyarbakir ein Hungerstreik politischer, kurdischer Gefangener statt. Wie die „Initiative Solidarität mit den Demokraten der Türkei“ in einem Pressekomunique mitteilte, sind seit dem verschiedensten Terroranschläge von Gefängniswärtern und Militäreinheiten gegen die Gefangenen bekanntgeworden. Mindestens zwei Gefangene sind tot, von 39 Gefangenen, die in der Nacht vom 8. auf den 9. September „evakuiert“ wurden, fehlt bisher jede Spur.

Seit dem Militärputsch sind 53 Mitglieder linker kurdischer Organisationen zum Tode verurteilt, allerdings noch nicht hingerichtet worden. Über 2000 weitere Kurden warten noch auf ihren Prozeß, für 189 von ihnen ist die Todesstrafe beantragt.

Einer der zum Tode Verurteilten ist der Angehörige der kurdischen revolutionären Organisation PKK, Celalettin Delibas. Er verkündete im Prozeß gegen Angehörige seiner Organisation am 1. September 1983 den Beginn des Hungerstreiks. Im folgenden der Text eines Solidaritätsaufrufs von Anfang September.

An die Presse, Medien und Öffentlichkeit: Nach letzter Nachricht, die wir aus Kurdistan erhielten, begannen die Kriegsgefangenen mit einem Todesfasten, um gegen die Gewalt in den Gefängnissen der türkischen faschistischen Junta und gegen die Folter und das faschistische Verhalten in den Gerichten zu protestieren.

Bei der PKK-Verhandlung am 1. September 1983, gab der PKK Kriegsgefangene Celalettin Delibas bekannt, daß sie ab dem 2. September 1983 mit einem Todesfasten beginnen, um die Verkündung der Todesurteile, die Einschränkungen der Verteidigung und gegen die Repression und Folter der Gefangenen und deren Angehörigen zu protestieren. In seiner Rede machte er deutlich, daß das Todesfasten bis zur Erfüllung ihrer Forderungen seitens des Militärgerichtes fortgesetzt wird und der

Eintritt ins Todesfasten gemeinsam mit anderen Gefangenen beschlossen worden ist. Kurz darauf bestätigten auch die anderen Gefangenen ihre Teilnahme an dem Todesfasten.

Auch die Angeklagten in den Prozessen, gegen die anderen Organisationen und Gruppierungen, wies im Gericht darauf hin, daß sie mit dem Todesfasten beginnen. Außerdem erreichte uns die Meldung, daß nach der Bekanntgabe des Eintritts ins Todesfasten vom PKK-Gefangenen Celalettin Delibas die Gefangenen aus dem Gerichtssaal unter Gewaltanwendung entfernt, geprügelt und ihnen jeglicher Besuch verweigert wurde. Trotz der Gewaltanwendung setzen die Gefangenen ihren Protest im Gerichtssaal fort. Die Repressionen und Folter gegen die Gefangenen, zwang auch deren Angehörige zur Durchführung weiterer Protest-

Zum Eingreifen der französischen imperialistischen Truppen in die Auseinandersetzungen im Tschad haben die Kommunistische Arbeiterpartei Frankreichs (Parti Communiste des Ouvriers de France, PCOF) und die Union der jungen Antifaschisten und Antimperialisten (Union des jeunes Antifascistes et Anti-Imperialistes, UJAFI) eine Erklärung herausgegeben, die wir im folgenden in einer eigenen Übersetzung aus dem Zentralorgan der Partei „La Forge“ wiedergeben.

CHILI quand
le peuple se dresse
contre la dictature



La Forge

Französische Truppen raus aus dem Tschad!

Nach langem Zögern und widersprüchlichen Positionen hat die Regierung Mitterand jetzt beschlossen, Truppen in den Tschad zu senden. Damit hat sie einen Finger in ein gefährliches Getriebe gesteckt.

So hat also der französische Imperialismus wieder einmal die Uniform des Gendarmen in Afrika angezogen, um über seine eigenen Interessen zu wachen und über die des westlichen Imperialismus angesichts den Bestrebungen der imperialistischen UdSSR.

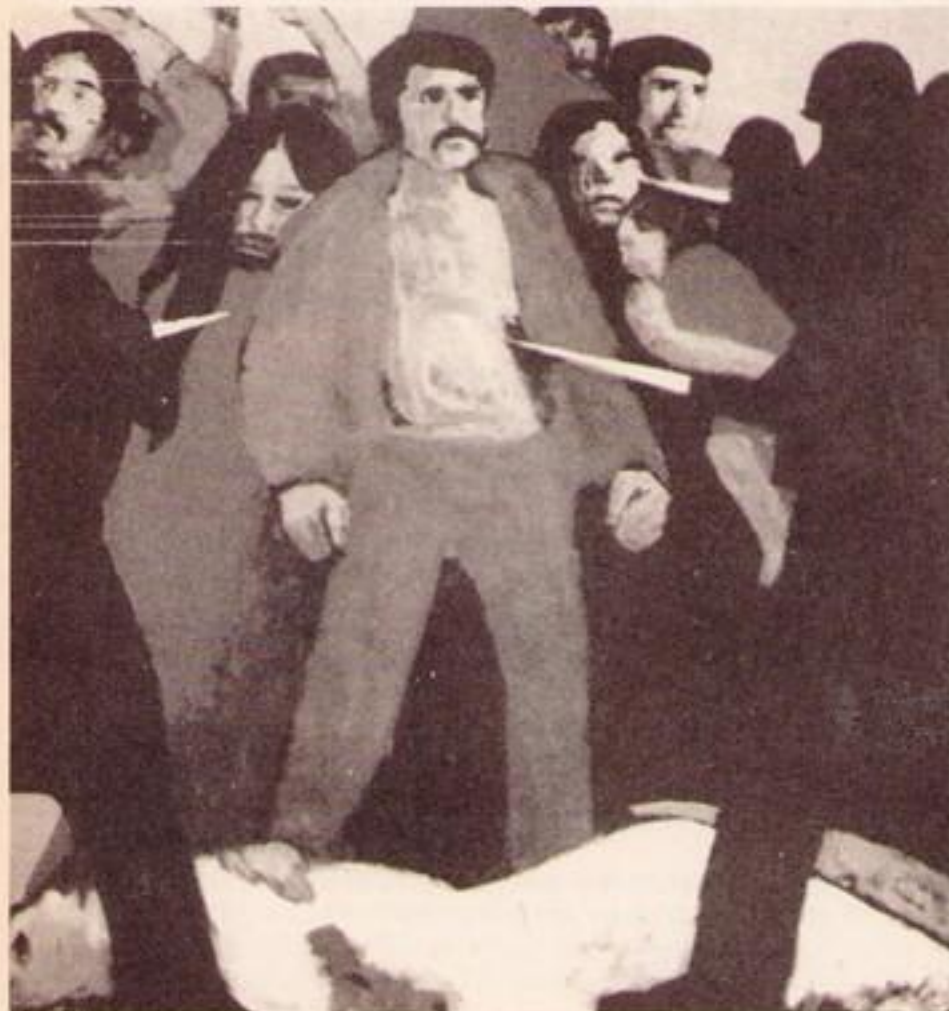
Reagan, hoch erfreut über die Treue Mitterands zur Kanonenpolitik, hat Menschen und wichtige militärische Mittel in die Region geschickt, um die Operationen zu überwachen.

Aus dieser Eskalation kann keine Lösung im Interesse der Völker kommen.

Im Gegenteil, sie (die Völker) sind die einzigen, die die Kosten dieser Manöver zur Neuauftellung zwischen den imperialistischen Mächten zahlen müssen. Sie sind gleichzeitig auch die einzigen, die diese stoppen können.

• Manifestieren wir unsere Opposition zur abenteuerlichen Politik Mitterands im Tschad und zu seinem wachsenden Engagement an der Seite und unter der Fuchtel des US-Imperialismus.

• Fordern wir den sofortigen Rückzug aller fremden Mächte — vor allem der französischen — aus dem Tschad.



„... und doch war es richtig! Schon allein zu kämpfen war wichtig!“

„Und doch war es richtig. Schon allein zu kämpfen war wichtig, der Friedhofsriede ist nichtig ... Nächstes Mal wird's besser gehn, die Lösung von Stahlstadt, sie bleibt bestehen, der Weg war gut, viele werden ihn gehn.“ So heißt es im Lied der „Schmetterlinge“ über den großen Stahlarbeiterstreik von 1978/79. Anlässlich der großen Krise in der Stahlindustrie, der Krise, die ganz tief auch die Schiffbauindustrie und zunehmend auch den Bergbau erfaßt, erinnern wir auf dieser Seite an den langen Kampf im Winter 78/79.

Wenn in dieser Woche in Bonn die Stahlarbeiter wieder auf die Straße gehen, die Kollegen von den Werften dazukommen, wird man sich an diese Wochen erinnern, auch an das Ende des Arbeitskampfes durch einen faulen Kompromiß der Gewerkschaftsführung. Aber die Lösung bleibt bestehen: Arbeitsplatzsicherung — die 35-Stunden-Woche — der Kampf wird wieder entbrennen.

Auf dieser Seite dokumentieren wir, wie Künstler, Liedermacher, Gruppen damals den Kampf der Stahlarbeiter unterstützt haben. Kultur als direkte Unterstützung der Streikenden.

Mitte oben ein Holzschnitt des Gelsenkirchener Arbeiters Achim Wagner „Der Hochofen ist unsere Zukunft, und die lassen wir uns von Thyssen nicht kaputt machen“. Dieses Motiv haben Stahlarbeiter auch schon auf riesigen Transparenten verwendet. Von Achim Wagner stammt auch der Linolschnitt unten: „Verkürzung der Wochenarbeitszeit sichert Arbeitsplätze“, heißt er.

Die Grafik gegen den Aussperrungsterror stammt auch aus der Zeit direkt nach dem Stahlarbeiterstreik und wurde als Druck verkauft, um die Solidaritätsbewegung gegen die Aussperrung zu unterstützen.

Die Zitate über die Arbeit am Hochofen stammen aus einem Lied der „Schmetterlinge“.

Eines der bekanntesten Lieder aus dem Streikwinter ist das „Aus den Stahlbetrieben kommen wir ...“, deren genaue Autorenschaft nicht mehr feststellbar ist. Viele gewerkschaftliche, politisch engagierte Gruppen und Liedermacher haben, oft mit den Kollegen zusammen Lieder gemacht. Dieses Lied wird zu der populären Melodie „Von den Blauen Bergen kommen wir ...“ gesungen.

Frank Baier, engagierter Liedermacher aus dem Ruhrgebiet vertonte damals einen Text des in London lebenden Schriftstellers Erich Fried „Fünfunddreißig Stunden“. Nur ein Beispiel für die breite Unterstützung von fortschrittlichen Intellektuellen für die Sache der Arbeiter.

Genauso die „Schmetterlinge“: Neben ihrem sehr bekannten Lied über „Kupferstadt“, über Duisburg im Streik, gibt es noch das „Streiklied“, ein schnell improvisierter Text, den sie am 4. 12. 78 auf einer Streikversammlung bei Mannesmann in Duisburg-Huckingen uraufführten.



Streiklied

Der lange Tag und die lange Nacht / dort am Streiktor / hab'n uns stark gemacht. / Das ist unser Streik und wir wissen sehr gut, / wir sind es, die schaffen, / und das gibt uns Mut. / Und heute noch sind wir Tausende, / die da schufteten rund / um die Uhr am Stahl. / In den nächsten Jahr'n steht die Hälfte vorm Tor. / Wenn wir uns jetzt nicht wehren, / ist's für'n Rest auch verlor.

Nichts kann uns dazu bringen / Habt Acht, Am Fleck zu stehn. / Und niemand kann uns zwingen, / einen Fehler zweimal zu begehn.

Wir lernen Vorwärtsgehn. / Wir lernen im Gehn.

Doch der Arbeitsplatz ist es nicht allein — / grad die Hetze / macht krank und alt. / Dieses Leben ist ein Betrug / und 35 Stunden sind mehr als genug. / Wir kämpfen hier vor dem Hüttenwerk / nicht für uns allein, / es geht uns alle an. / Mach mit bei dem Streik, denn wir brauchen auch Dich. / Um den Kampf zu gewinnen, laß uns nicht im Stich.

Nichts bringt uns mehr zu Stehn. / Diese Strecke wird genommen. / Wir wissen, wo wir gehen, / wie wir wissen, woher wir kommen.

Wir lernen im Vorwärtsgehn. / Wir lernen im Gehn.

Aus den Stahlbetrieben kommen wir ...

Aus den Stahlbetrieben kommen wir, / wir, die Männer aus dem Ruhrrevier, / uns're Hände sprechen Bände / von der Arbeit ohne Ende — / aus den Stahlbetrieben kommen wir.

Singen heja — und nun geht es rund, / kämpfen um die 35 Stund. / singen heja, hoppla, / heja, hoppla, / kämpfen um die 35 Stund.

Unser Stahl geht in die ganze Welt, / unser Boß kassiert dafür das Geld, / seine Hände sprechen Bände / von dem Zählen ohne Ende — / unser Boß, der zählt so gern sein Geld.

Singen heja — und nun geht es rund ...

„Aber Leute, nein, so geht das nicht!“ / spricht vom Stahlverband ein hoher Wicht, / „Eure Hände müssen schaffen, / denn wie sollen wir sonst raffan“, / spricht vom Stahlverband ein hoher Wicht.

Singen heja — und nun geht es rund ...

Und nun drohen uns die hohen Herrn / mit Gewalt jetzt alle rauszusperr'n, / so wie gestern noch die Drucker / kriegten Peitsche wir statt Zucker — / ja, das ist die Art der hohen Herrn.

Singen heja — und nun geht es rund ...

Die Gewerkschaft, ja, die gibt uns Kraft, / damit der Stahlverband sein Ziel nicht schafft. / Schluß jetzt mit dem Produzieren, / jetzt heißt's einen Vollstreik führen, / die Gewerkschaft, ja die gibt uns Kraft.

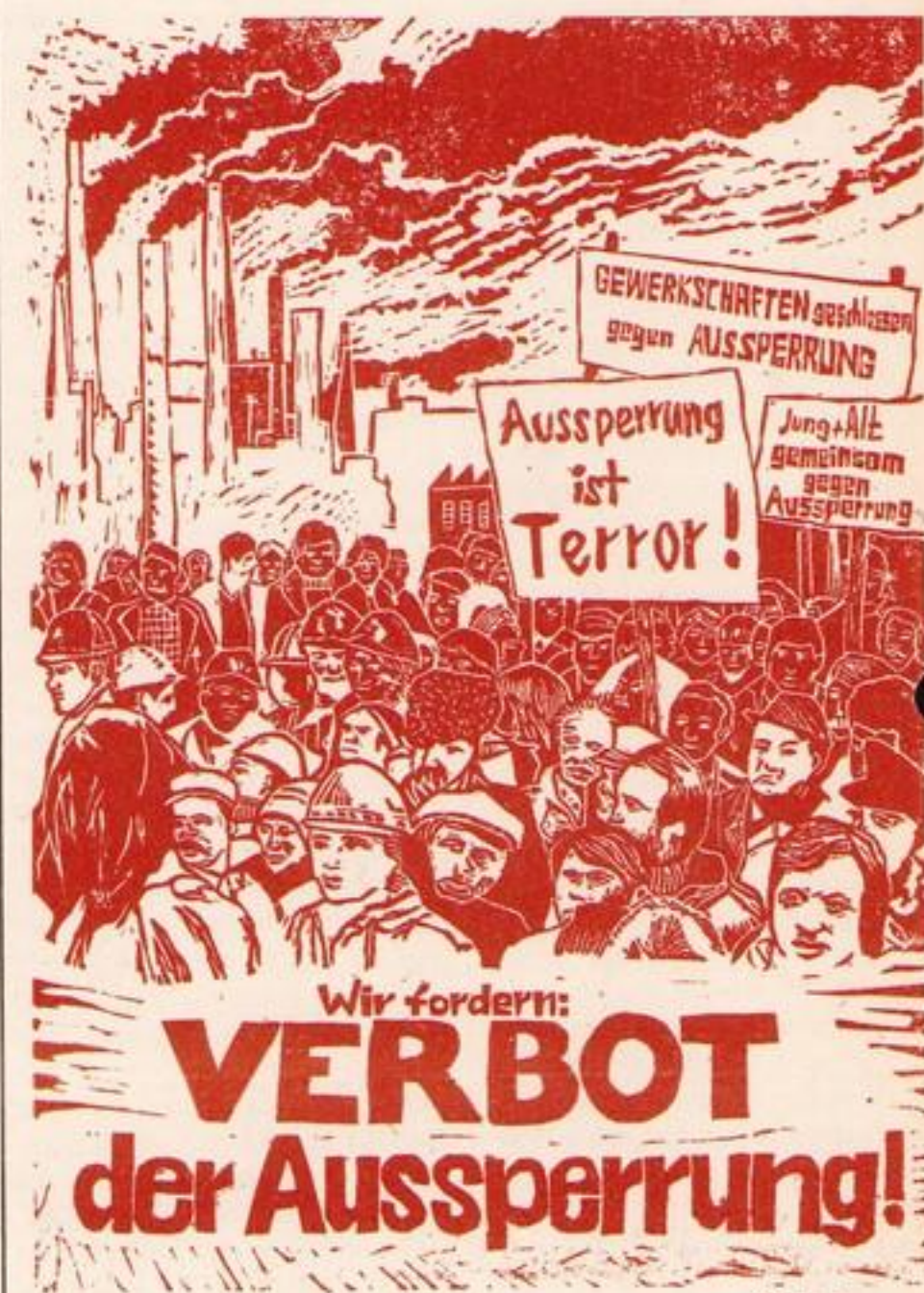
Singen heja — und nun geht es rund ...



„Am Hochofen wirste, mein Junge, nicht alt, da kommste gesund nicht davon. Da biste ein Wrack mit fünfzig schon, da gehste als Krüppel in die Pension, da wirste, mein Junge, nicht alt.“

Die Fünfunddreißig-Stunden-Woche brauchen wir und fünf Prozent höheren Lohn! Die Konzerndividenden steigen wie ein Ballon. Aber Hunderttausend streiken jetzt schon. Die Fünfunddreißig-Stunden-Woche wollen wir!

Wieviel haben sie schon auf die Straße gesetzt trotz steigender Produktion. Sie rationalisieren uns weg, wir kennen das schon. Fünfunddreißig-Stunden-Woche, höherer Lohn! Zuviel haben sie schon auf die Straße gesetzt.“



Fünfunddreißig Stunden

Nur 35 Stunden, / das scheint den Herren nicht gut: / nur 35 Stunden / Arbeiter-Zeit und -Blut. 35 Stunden: / Ich sah doch wirklich gern, / mal 35 Stunden — im Werk malochen die Herrn! / Ob 35 Stunden / dann zu wenig für sie? Nein, 35 Stunden / das ertrügen die Herren nie.

35 Stunden: / das ist klar und jeder sieht / auch bei 35 Stunden / machen sie noch ihren Profit / aber 35 Stunden — schafft da und dort Arbeit für den, / dessen Arbeitsplatz ist sonst verschwunden / der muß sonst leer ausgehen. / drum 35 Stunden / wenn einer für alle steht / das ist eine gute Lösung / weil es um alle geht.

Und wenn da seit 50 Jahren / kein Arbeitskampf mehr war / so seht hin, was die Jahre waren / und eines ist dann klar: / Ein Teil von diesen Jahren / Das war

Hitlers Arbeitsfront / ja, das war ein Arbeitsfriede, / in dem sich viele Herren gesont: / Und dann kam mit den Aufbaujahren / die Wirtschaftswunderzeit / die ist auch längst dahin gefahren, / die liegt heut zurück schon weit!

Und die 35 Stunden / das sei gegen Sozialpartnerschaft? / Im Gegenteil: jetzt zeigt mal / der Sozialpartner seine Kraft! / 35 Stunden / wir alle wünschen Euch Glück. / Man kämpft, in dem man vorgeht, / denn von selbst geht es sonst zurück. / 35 Stunden / das ist kein leeres Wort. / Die Herren, die wollen es bremsen, / doch der Fortschritt schreitet fort. / 35 Stunden, / nur eines, worum es geht. / Darum vorwärts und nicht vergessen, / die Solidarität.

Text: Erich Fried
Musik: Frank Baier

4800 Bielefeld 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 Bochum, Kontaktadresse: Jochen Bever, Josefinenstr. 110.

2800 Bremen (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 39 38 88, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 Dortmund 1, Parteibüro Ortsgruppe Dortmund, Stollenstr. 12 (Eingang Clausthaler Str.), Tel.: (0231) 83 23 28, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr.

4100 Duisburg 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzger Str. 24, Tel.: (0203) 44 30 14.

4000 Düsseldorf (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

6000 Frankfurt 60, Kontaktadresse: Peter Stecav, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 49 19 18.

2000 Hamburg 6, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 430 07 09, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRAALKOMITEE DER KPD, REDAKTION Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellingshof Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

3000 Hannover 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzkyring 29, Tel.: (0511) 46 65 29.

7100 Heilbronn, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 Kiel 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: (0431) 56 77 02, geöffnet: Mo, Di, Do + Fr 9 - 13 Uhr und 15 - 18 Uhr; Mi 9 - 13 Uhr; Sa 10 - 13 Uhr.

5000 Köln 30, Kontaktmöglichkeit zur KPD: Treff- und Lesestube Neue Zeit, Marienstr. 37 a, Tel.: (0221) 55 48 56, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

5090 Leverkusen 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 4 13 18. 6700 Ludwigshafen, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: W. Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: (0621) 52 39 66.

7000 Stuttgart 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 43 23 88, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen Roter Morgen, Sprengelstr. 40, Tel.: (030) 4 66 39 66, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.